



Zürcher Planungsgruppe Glattal

---

# Planen im Glattal

Eine Jubiläumschrift zum  
25jährigen Bestehen der ZPG

---

Verfasst von Alfred Spaltenstein, Kloten  
Herausgegeben von der ZPG im September 1984

# INHALTSVERZEICHNIS

SEITE

1	ZUM GELEIT	1
2	STATT EINES VORWORTES	2
3	DIE ZPG ALS MITGLIED DES DACHVERBANDES RZU	4
4	EIN AUGENSCH EIN IM GLATTAL	7
5	AUS DEN ANFÄNGEN DER REGIONALPLANUNG IM KANTON ZÜRICH	13
6	VERSUCH, EINE ZIELSETZUNG FÜR DIE ZUKUNFT ZU FORMIEREN	17
7	DIE ZÜRCHER PLANUNGSGRUPPE GLATTAL FORMIERT SICH	23
8	AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE AUTOBAHN	29
9	DIE OBERLANDAUTOBAHN TAUCHT AUF	35
10	DIE ZPG UNTER NEUER FÜHRUNG	38
11	DER KANTON STEHT DER REGIONALPLANUNG ABLEHNEND GEGENÜBER	40
12	DIE REGIONALPLANUNG IM KANTON ZÜRICH IN IHRER ERSTEN PHASE	43
13	NACH DEM VERMEINTLICHEN ABSCHLUSS DER PLANUNGSARBEIT	50
14	VOM VEREIN ZUM REGIONALEN PLANUNGSVERBAND	55

**SEITE**

15	DIE GRUNDZÜGE DES REGIONALEN GESAMTPLANES	63
16	EIN BUNTER STRAUSS VON SACHPLANUNGEN	68
17	DIE SPITAL- UND KRANKENHEIMPLANUNG IN DER REGION	74
18	SCHIESSPLATZPLANUNG MIT STAATSPOLITISCHEM HINTERGRUND	81
19	DAS OBERHAUSERRIED - INDUSTRIELANDRESERVE VON ÜBERREGIONALER BEDEUTUNG	86
20	SPLITTER UND SPÄNE AUS DEM VERBANDSGESCHEHEN	89
21	EIN NACHWORT	93
22	DIE ENTWICKLUNG DER EINWOHNERZAHLEN	94
23	VERZEICHNIS	95
24	BIBLIOGRAPHIE ZPG	100
25	BILDREIHE	108

1 ZUM GELEIT

Die Zürcher Planungsgruppe Glattal (ZPG) ist 25 Jahre jung. Initiative und vorausschauende Gemeindepolitiker erkannten vor einem Vierteljahrhundert die Bedeutung der Regionalplanung. Sie stellten sich die Aufgabe, die interkommunalen Planungen des Glattals zu koordinieren und einer allseitigen, befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Ueberkommunales Planen und Handeln kam so zum Tragen. Vieles wurde erreicht. Viele Probleme harren noch der Lösung.

Der regionale Gesamtplan liegt vor. Planen allein genügt jedoch nicht. Die Pläne müssen auch verwirklicht werden. Dabei soll der Mensch und nicht der Plan im Mittelpunkt unseres Handelns stehen.

Um in unserer schnellebigen Zeit aus dem Vergangenen zu lernen, aber auch um die noch ungelösten Probleme aufzuzeigen, beschloss der ZPG-Vorstand im Einvernehmen mit den Delegierten die Herausgabe dieser Jubiläumsschrift.

Mein Dank geht an alle, die unsere Regionalplanung und das vorliegende Werk förderten. Vor allem möchte ich Alfred Spaltenstein, unserem Autor, für seine Arbeit recht herzlich danken.

Kloten, im Mai 1984

Hans Ruosch  
ZPG-Präsident

## 2 ANSTELLE EINES VORWORTES

Es stellt sich in einer Zeit, in der wir alle von Informationen sonder Zahl überflutet werden, ernsthaft die Frage, ob die 25-jährige Tätigkeit eines regionalen Planungsverbandes den Aufwand an Worten lohnt. Wenn ich dies heute mit Ueberzeugung bejahe, so gewiss nicht in der Absicht, die eigene Arbeit zu rechtfertigen.

Ich stand der Planung im Kanton Zürich von Anfang an positiv gegenüber. Planung bedeutete für mich ein abenteuerlicher Versuch zu einer lebenswerten Gestaltung unseres Kantons. Nicht der technische Prozess steht dabei im Vordergrund, sondern die geistige Auseinandersetzung, die den Rahmen der Siedlungspolitik sprengt und in staatspolitische, soziologische und wohl auch philosophische Ueberlegungen ausmündet. Der Generation, geprägt durch die Krisen- und Kriegsjahre, boten die Planungsideen die Chance einer möglichst positiven Zukunftsbewältigung.

Die geistigen Höhenflüge hatten sich jedoch den Realitäten zu fügen, die - insbesondere im Glattal - ein steinernes und betoniertes Gesicht erhielten. Am Anfang der Zürcher Planungsgruppe Glattal stand das Ringen um die Autobahnführung in der Region; heute geht es, auch wenn noch Strassenprobleme anstehen, doch viel mehr um die Erhaltung unseres Lebensraumes, der in den vergangenen Jahren sehr stark strapaziert worden ist. Dankbar wollen wir aber würdigen, dass schon

die Väter der ZPG grüne Anliegen vertraten, auch wenn sie sich Sachzwängen beugen mussten.

Ich habe einen guten Teil der Jahre die ZPG publizistisch begleitet. Es war, ich habe dies bei der Niederschrift des gerafften Tätigkeitsberichtes nochmals erlebt, eine faszinierende Epoche. Bei allen Rückschlägen, welche die ZPG erlebte und erfahren musste, war dies eine Zeitspanne, in der ein gesunder Optimismus herrschte, auch wenn die äusseren Umstände düsterer wurden. Darum war die Arbeit kaum je eng gefasst und jetzt bezogen, sondern vielmehr zukunftsgerichtet. Die Liebe den Dörfern und jungen Städten im Verbandsgebiet, denen die Verantwortlichen jene Entwicklungschancen einräumen wollten, die den Einwohnern ein Gefühl des Wohlbefindens vermitteln und Eigenständigkeit und regionales Selbstbewusstsein stärken sollte. Die Kontinuität in Präsidium und Vorstand hat dieses Bemühen zweifellos gestärkt.

Ich habe statt der trockenen Aufreihung von Fakten, die ja in Protokollen und Archiven verwahrt werden, versucht, etwas von dem Geist, der in der ZPG während eines vollen Vierteljahrhunderts spürbar war, einzufangen und habe damit gegen das Gebot einer sachlich-nüchternen Berichterstattung verstossen, in der Meinung, dass es letztlich nicht der technische Gehalt von Plänen und Berichten ist, der den Inhalt eines regionalen Gesamtplanes bestimmt.

Kloten, im März 1984

Alfred Spaltenstein

### 3 DIE ZPG ALS MITGLIED DES DACHVERBANDES RZU

#### Ein Forum der Verständigung

ZPG und RZU, Regionalplanung Zürich und Umgebung, entstanden beide im Jahre 1958. Der RZU gehören alle sechs an die Stadt Zürich grenzenden Planungsregionen (Furttal, Glattal, Knonaueramt, Limmattal, Pfannenstil und Zimmerberg) an; weitere Mitglieder sind die Stadt Zürich und der Kanton Zürich. Diese zweistufige Lösung erwies sich in der praktischen Arbeit als äusserst zweckmässig. Gäbe es für die ganze Region Zürich nur einen einzigen Planungsverband mit 69 Gemeinden, so ginge die Stimme der einzelnen Gemeinde darin unter. In einem Verband von bloss 13 Gemeinden (wie z. B. die ZPG) oder 14 Gemeinden (wie z. B. das Knonaueramt) ist demgegenüber eine echte zwischengemeindliche Zusammenarbeit und politische Meinungsbildung noch möglich. Dank der Existenz des Dachverbandes (der RZU) können aber gesamtregionale Probleme erkannt und bearbeitet und die Tätigkeiten der Planungsgruppen aufeinander abgestimmt werden. Und ein kleiner fester Mitarbeiterstab beim Dachverband erlaubt es der ZPG und den anderen Regionen, ohne eigenen festen Stab wirksame Arbeit zu leisten.

Die Zusammenarbeit zwischen RZU und ZPG ist im Laufe der Jahre ständig intensiver geworden. Die RZU half der ZPG im Kampf um einen Anschluss an die N20 im Oberhauserried, sie erarbeitete die Grundlagen für eine Einigung der Gemeinden in Sachen neue Strassenverbindung Kloten-Brütisellen und für ein Wochenendfahrverbot im Hardwald. Und

bei der Erarbeitung des regionalen Gesamtplanes lieferte sie Unterlagen zu gesamtregionalen Aspekten wie Park and Ride, Familiengärten und Strassenbauprogrammen, übernahm die Aufgabe der fachlichen Auftragsbegleitung und koordinierte die Darstellung von Plänen und Bericht mit den anderen Zürcher Regionen. Andererseits konnte die RZU Interessen der ZPG bei der Ausarbeitung der S-Bahnvorlage vertreten, und sie vertritt diese Interessen zurzeit bei der Vorbereitung einer Tarifverbundsvorlage.

Was wird die Zukunft der Zürcher Agglomeration und dem Glattal bringen? Das Glattal dürfte, ob es das will oder nicht, zu einem Schwerpunkt der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Verkehrs im Kanton und im schweizerischen Mittelland werden. Diese Rolle lässt sich durchaus vereinbaren mit den Forderungen nach Schutz des wertvoll Vorhandenen und der Umwelt, nach einem Schutz vor Immissionen und nach einer besseren Gestaltung der Siedlungslandschaft. Es braucht dazu nur den nötigen Einsatz an Fähigkeiten, Geld und gutem Willen. Und all dies ist in diesem Raum heute vorhanden.

Wo Menschen auf begrenztem Raum so dicht beisammen leben und arbeiten, da braucht es aber auch eindeutige Spielregeln, um die bauliche Entwicklung in geordneten Bahnen zu halten. Kanton und Gemeinden haben mit den heutigen Planungsgesetzen von Bund und Kanton einen viel stärkeren Einfluss auf die bauliche Entwicklung als früher. Gerade weil aber in der Raumplanung die Stellung des Kantons entscheidend gestärkt wurde, ist



es wichtig, dass die Gemeinden den noch vorhandenen Entscheidungsspielraum zu ihren Gunsten ausschöpfen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass sie dabei am meisten Erfolg haben, wenn sie regional eng zusammenarbeiten. Die ZPG hat sich in den vergangenen 25 Jahren als ausgezeichnetes Forum dieses Zusammenwirkens erwiesen, sie war oft und mit gutem Erfolg Vertreterin des wohlverstandenen regionalen Interesses. Es ist zu wünschen, dass sie dies auch zukünftig bleiben kann.

Juni 1984

Hans R. Rüegg, Technischer  
Leiter der Regionalplanung  
Zürich und Umgebung

#### 4 EIN AUGENSCHWEIN IM GLATTAL

##### Eine Region ohne prägendes Zentrum

Die Planungsregion Glattal stellt kein historisch gewachsenes Gebilde dar, das sich vor einem gemeinsamen geschichtlichen Hintergrund entwickelt hat. Die dreizehn Gemeinden gehören drei Bezirken an. Verbindendes Element ist die Glatt, dem Ursprung des Namens nach, vormals ein silberhelles Flüsschen, heute eines der am schwersten belasteten Fließgewässer der Schweiz und damit ein grosses Sorgenkind der Wasserfachleute wie der politischen Behörden. Verbindend ist wohl auch die Entwicklung zur "Bandstadt" Glattal, in der sich die Bevölkerung seit 1950 mehr als verdreifacht hat. Diese rasante Zunahme ist es denn auch, die mit zum schlechten Zustand der Glatt geführt hat.

Es gehört zur Eigenart des Glattales, dass diese Region zwar einige Zentren, aber keinen prägenden Mittelpunkt aufweist. Keine der fünf Gemeinden, die statistisch den Rang einer Stadt besitzen, vermochte sich zur Dominanz aufzuschwingen.

Schwerpunkte gibt es hingegen verschiedene. Der Flughafen ist zuerst zu nennen, Drehscheibe im internationalen Luftverkehr und mit rund 16'000 Arbeitsplätzen der grösste Arbeitgeber der Region. Es ist denn auch der Flughafen, der die Strukturen der unteren Regionsgemeinden eindeutig prägt. Einen weiteren Schwerpunkt setzt der Militärflugplatz Dübendorf, in dessen verschiedenen Abteilungen 1'000 Arbeitskräfte ihr Auskommen finden.

Kaum eine Region ist derart dicht von Einkaufszentren durchsetzt wie das Glattal, eine Entwicklung, die der Zürcher Planungsgruppe Glattal eindeutig zuwiderlief, die sie aber nicht korrigieren konnte mangels rechtlicher Eingriffsmöglichkeiten. Das "Glatt" ist zuerst zu nennen, eine Verkaufsmaschine mit 35'000 Quadratmetern Verkaufsfläche und einem Einzugsgebiet, das von der Stadt Zürich bis in die Ostschweiz reichen dürfte. Ergänzt wird dieses Angebot von zahlreichen weiteren Zentren mit mindestens überkommunaler Bedeutung. "Volkiland", mit 19'000 Quadratmetern zweitgrösstes Einkaufszentrum hinter dem "Glatt", wurde vor kurzem eröffnet.

#### Ein kleiner Rundgang durch die Gemeinden

Maur, am Greifensee gelegen, ist die oberste Regionsgemeinde. Zusammen mit der Nachbargemeinde Fällanden ist beiden Orten zu eigen, dass insbesondere ihre Wohngebiete "auf dem Berg" weitgehend nach Zürich ausgerichtet sind. Buslinien symbolisieren die vielfältigen Bezüge der Bewohner dieser modernen Wohnquartiere - Benglen, die Waldsiedlung, sei in diesem Zusammenhang genannt - zur Kantonshauptstadt. Der Verkehr in den morgend- und abendlichen Flutstunden wickelt sich vorwiegend mit dem Auto ab.

Von Fällanden führt die Strasse hinüber nach Schwerzenbach und Volketswil, zu zwei Gemeinden, die durch ihre grossen Industriezonen verbunden sind. In Volketswil nahm eine Siedlungsform ihren Anfang, die mit dem Namen "Göhnerswil" behaftet wurde. Die Entwicklung lief den früheren Absichten zur Schaffung regionaler Zentren zwar zuwider, sie wurde aber doch mit starker morali-

scher Unterstützung des Kantons vorangetrieben, um die schwer lastende Wohnungsnot zu lindern. In den damals aus dem Boden geschossenen Quartieren hat sich jedoch zum Teil ein schönes Gemeinschaftsleben entwickelt.

Dübendorf ist mit seinen über 20'000 Einwohnern grösste Regionsgemeinde und einwohnermässig drittstärkste Zürcher Landgemeinde nach Uster und Dietikon. Wie die anderen grossen Gemeinden in der Region Glattal verfügt die Stadt der Militärflieger nicht über ein eigenes Hinterland, das durch jahrhundertealte Traditionen mit einem eigentlichen Markttort verbunden wäre, wie dies zum Beispiel in Uster der Fall ist, das sich eindeutig zum Zentrum eines weiten Teils des Zürcher Oberlandes aufgeschwungen hat und auch ins Glattal ausstrahlt. Bemerkenswert sind die Bestrebungen in Dübendorf zur Aufwertung des Stadtzentrums.

Nachbar Dübendorfs am Militärflugplatz ist Wangen-Brüttisellen. Die beiden in ihrem Charakter so unterschiedlichen Ortsteile sind getrennt durch die N1, welche die Ost- und Westschweiz verbindet. Im Süden des Siedlungsgebietes verläuft die Oberland-Autobahn, die im grossen Autobahnkreuz bei Brüttisellen endet, wenigstens solange, als eine kleiner dimensionierte Fortsetzung bis nach Kloten fehlt, die das Zürcher Oberland und das Unterland zusammenbringt. Wangens Dorfkern, aus dem die bäuerliche noch gut erhaltene Vergangenheit abzulesen ist, wirkt aufgeräumt und gepflegt. Das industriell geprägte Brüttisellen, wo das "Walder-Dörfli" besondere Beachtung verdient, weist gegenwärtig eine grosse Bautätigkeit auf. Im Gegensatz zu Wangen mit seinen Bauernhöfen und Einfamilienhäusern dominieren hier die Wohnblöcke.

In Baltenswil reichen sich Wangen-Brüttisellen und Bassersdorf die Hand. Ursprünglich gehörte der Weiler an der Zürcherstrasse zu Nürensdorf. Bassersdorfs Dorfkern ist erstaunlicherweise relativ intakt geblieben; ihn zu erhalten ist das Ziel der Behörden. Sie möchten denn auch den Verkehr auf eine Umfahrungsstrasse verweisen. Wichtigste Forderung Bassersdorfs ist deshalb die rasche Realisierung des Zusammenschlusses der Oberland-Autobahn mit der Autobahnverbindung ins Unterland, die bis Kloten fertig erstellt ist. Der neue Bahnhof ausserhalb des Dorfkerns, der die Züge auf der alten Stammlinie wie auch auf der neuen Flughafenlinie bedient, brachte eine starke Aufwertung der Standortgunst der Gemeinde, in der, vom Zentrum zum Bahnhof hin, eine intensive Bautätigkeit im Gange ist. Den Wohnblöcken in der Ebene folgen Einfamilienhaussiedlungen an den sonnigen Hängen.

"Dorf zwischen den Strassen" nennt sich die unlängst erschienene Chronik der Gemeinde Dietlikon. Der Ort hat sich im Laufe der Jahre aus dem beschaulichen Bauerndorf zu einer stattlichen Industriegemeinde entwickelt. Mit der Ansiedlung immer neuer Gewerbe- und Industriebetriebe verlief Hand in Hand der Wohnungsbau in wohlgeordneten Bahnen. Grosse Aufmerksamkeit schenken die Behörden der Pflege des Ortsbildes rund um die Kirche, derweil in der Dorfmitte Ansätze zu einem modernen Ortszentrum nicht zu übersehen sind.

Dass Nürensdorf mit zum Glattal gehört, ist auf den ersten Blick nicht selbstverständlich. Doch der Winterthurer Bus bringt die Nürensdorfer hinab ins Zentrum von Bassersdorf und auch zum dortigen Bahnhof. Verbindendes Element zur Nachbargemeinde ist nach der Abtrennung der Oberstufenschulgemeinde nur noch die Kirche.

Charakterisiert wird Nürensdorf durch die grossflächigen Einfamilienhaussiedlungen am Südhang von Birchwil und Oberwil und neuerdings auch in Nürensdorf, wo bislang der Bau von Wohnblocks im Vordergrund stand.

Von Dietlikon ist es einen Katzensprung hinüber nach Wallisellen. Die Gemeinde, die im Sogbereich der Stadt liegt, hat recht früh eine sehr eigenständige Entwicklung eingeleitet und den Bau von Einfamilienhäusern in den Vordergrund gestellt. Wallisellens Entwicklung verlief denn auch recht kontrolliert, koordiniert mit einer geschickten Politik zur Ansiedlung neuer Industrien. So verwundert es denn auch nicht, dass Wallisellen nicht nur über eine vorzügliche Infrastruktur verfügt, sondern sich ebenso eines attraktiven Steuerfusses erfreuen kann.

Ein schöner Spazierweg führt westwärts nach Opfikon-Glattbrugg. Von weitem grüsst der Opfiker Turm, um den sich die Bauernhäuser scharen. Zwar dampft nicht mehr vor jedem Stall ein Miststock, doch soll eine Teilmelioration die Existenzgrundlage für die übriggebliebenen Bauern sichern. Trotz der enormen Immissionen der Strasse und aus der Luft wächst Glattbrugg stetig weiter, soweit es die Strassen noch zulassen. Die Flughafennähe brachte frühzeitig den Zuzug von attraktivem Gewerbe und Industrie. Im Oberhauserried liegt zudem eine Industrielandreserve, die ihresgleichen sucht.

Kloten, der fünfte Nachbar am Hardwald, ist in starkem Masse auf den Flughafen ausgerichtet. Der Waffenplatz, in frühen Jahren dominierendes Element, wird buchstäblich an den Rand gedrückt. Im Zentrum der Gemeinde

prallen moderne städtische Bauformen und die überlieferten Konturen der frühen bäuerlichen Siedlungen aufeinander. Ordnen soll versucht werden, wenigstens um die Kirche Ortsbildschutz zu pflegen, ein Unterfangen, das verlorene Harmonie nicht zurückbringen kann. Nach Jahren der Stagnation hat die Bautätigkeit wieder in einem starken Masse angezogen. Kloten ist zurzeit dabei, seine Baulandreserven aufzubreuchen. Zur Neige gehen auch die Landreserven im Industriequartier, das Ende der 60er Jahre gewissermassen als Gegengewicht zum Flughafen geschaffen wurde.

Als dreizehnte Gemeinde gehört auch Rümlang zur Planungsregion. Die Gemeinde hat ausser dem Tanklager für den Flugbetrieb wenig vom Flughafen profitiert, derweilen sie aber vom Fluglärm stark geplagt ist. Trotzdem reagiert Rümlang bevölkerungsmässig auf die Flughafennähe. Den Behörden ist viel daran gelegen, die Eigenständigkeit Rümlangs zu wahren. Schritt um Schritt konnte das Ortszentrum ausgebaut werden, so dass den Einwohnern ein sehr ansprechendes Angebot von Dienstleistungen bereitsteht. Daneben konnte im alten Dorfkern, der einen starken planungsrechtlichen Schutz genießt, die altergebrachte Atmosphäre weitgehend bewahrt bleiben. Langsam gewachsen ist bisher die Industrie- und Gewerbezone; die neue Umfahrungsstrasse und die damit verbundene Industrielanderschliessung dürfte wieder einen gewissen Aufschwung bringen.

5 AUS DEN ANFAENGEN DER REGIONALPLANUNG IM KANTON ZUERICH

Aus der Zeit gedanklicher Höhenflüge

Die Regionalplanung im Raume Zürich kann auf ein respektables Alter zurückblicken. Wohl ist der Ausdruck "Regionalplanung" neueren Datums, doch griffen schon früh die Ideen von Behörden und Städtebauern weit über die politischen Grenzen ihres Tätigkeitsfeldes hinaus.

Als im Jahre 1860 das Hauptnetz der schweizerischen Eisenbahnen in Betrieb war - Zürich war Ausgangspunkt von vier Bahnstrecken - stellte dies einen Wendepunkt in der neueren baulichen Geschichte von Zürich dar. Für Zürich begann die sogenannte grosse Bauperiode. Innerhalb von fünf Jahrzehnten wuchs die Bevölkerungszahl in der Stadt und den angrenzenden Gemeinden rapid an, in den damals selbständigen Gemeinden Aussersihl und Wiedikon allein von 5'000 auf 81'000 Einwohner.

Die verworrenen Verhältnisse des wirtschaftlichen Gesamtorganismus von Zürich und seinen Aussengemeinden führten 1893 zur Vereinigung von 11 Gemeinden mit der Stadt. Gleichzeitig wurde ein neues kantonales Baugesetz eingeführt. Der darin als Grundlage für die Ausführung des Gesetzes vorgeschriebene Bebauungsplan brachte zunächst keine Besserung der Verhältnisse. Strassenzüge wurden meist einzeln und ohne Rücksichtnahme auf die weitere Aufteilung des Geländes festgesetzt. Die Quartierpläne waren von einem unbefriedigenden Schematismus beherrscht, und unter dem Einfluss kleinlicher lokaler Interessen entstand eine Ueberfülle von Strassen. Der ordnende grosse Gedanke fehlte. Aehnliche Entwicklungen waren damals in fast allen Städten Europas zu beobachten.



Im Jahre 1910 erregte ein Wettbewerb um einen Grundplan für Gross-Berlin und die darin anschliessenden Ausstellungen in Berlin und Düsseldorf grosse Aufmerksamkeit. Auf Betreiben von Mitgliedern des Zürcher Ingenieur- und Architekten-Vereins und mit Unterstützung der städtischen Bauverwaltung von Zürich und des Kunstgewerbemuseums kam 1911 die Zürcher Städtebau-Ausstellung zustande. Sie zeigte anhand einer Auswahl des Besten aus den erwähnten deutschen Ausstellungen, was alles bei einer weitsichtigen, umfassenden Planung zu berücksichtigen ist und welche Lehren auch kleinere Städte daraus zu ziehen vermögen. Die unmittelbare Folge der Zürcher Ausstellung war der 1915 international ausgeschriebene Städtebau-Wettbewerb für Zürich und seine Vororte. Veranstaltet vom Stadtrat von Zürich in Verbindung mit der Baudirektion des Kantons Zürich und den Gemeinderäten von 22 Vororten (deren acht gehören heute zur Stadt Zürich) sollten Ideen und Entwürfe für eine Ausgestaltung der Verkehrswege, die Anlage von Wohn- und Industrievierteln, für Grünanlagen und für die Verbesserung der Verhältnisse in schon bebauten Teilen erlangt werden. Das Wettbewerbsprogramm und manche der eingegangenen Entwürfe muten heute noch, nach mehr als 50 Jahren, grosszügig, weitblickend und kühn an. Um die durch den Wettbewerb zutage geförderten Anregungen und Lösungen der Verwirklichung entgegenzubringen, beabsichtigte die Bauverwaltung der Stadt Zürich, sie stand unter der Leitung des nachmaligen Stadtpräsidenten und Mitbegründers der RZU, Dr. Emil Klöti, Vorschläge für die Organisation zur Weiterbearbeitung aller Probleme zu unterbreiten. Die Vororte hätten daran, unter Wahrung des Grundsatzes

der kommunalen Selbstverwaltung, teilnehmen sollen. Die politischen Wirren in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg und die fortdauernden Wirtschaftskrisen liessen es dann allerdings nicht zu, die begonnenen grossen Anstrengungen ernsthaft weiterzuführen.

Erst in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg, als Handel und Industrie wieder einen Aufschwung erlebten, begann auch die durch lange Krisen- und Kriegsjahre zurückgestaute Bautätigkeit nach und nach einzusetzen. Viele Gemeinden waren für diese Entwicklung nicht oder zu wenig vorbereitet. Sie sahen sich veranlasst, für ihre Gebiete Bau- und Zonenordnungen zu erlassen. In Voraussicht dieser Entwicklung wurde im Jahre 1943 die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung (VLP) gegründet. Kurz zuvor hatte das Regionalplanungsbüro des Kantons Zürich seine Tätigkeit aufgenommen. Sie bestand vor allem darin, den Gemeinden bei der Ausarbeitung von neuen Bauordnungen, Zonen- und Bebauungsplänen beratend und koordinierend zur Seite zu stehen. Ebenso ging die seinerzeitige Ausarbeitung von 11 Gesamtplänen vom Regionalplanungsbüro aus. In die Zeit von 1941 bis 1951 fallen die Erstellung und Inkraftsetzung der ersten kantonalen Verordnungen zum Schutze von Gebieten besonderer landschaftlicher oder baulicher Schönheit (Greifensee, Pfäferssee, Regensberg, Forch, etc.).

Die bauliche, die wirtschaftliche und bevölkerungsmässige Entwicklung begann jedoch alle gehegten Erwartungen in Tempo und Ausmass weit zu übertreffen. Der verfügbare Boden in der Stadt Zürich wurde immer knapper, und sein Preis kletterte auf bis dahin nicht gekannte

Höhen. Die Bautätigkeit mit allen ihren Folgen dehnte sich sehr rasch in die Region aus. Um sich Bewegungsfreiheit zu sichern, tätigte die Stadt Zürich umfangreiche Landkäufe in den umliegenden Gemeinden, was vielerorts Skepsis erregte. Die Frage tauchte auf, ob es sich dabei um die Vorbereitung von weiteren Eingemeindungen handle. Durch all diese Vorkommnisse begann sich die Einsicht durchzusetzen, dass die Stadt und die Nachbargemeinden, aber auch die Gemeinden untereinander sich für die Bewältigung ihrer Probleme miteinander ins Einvernehmen zu setzen hätten, und dass die Region Zürich als eine Einheit zu betrachten sei. In dieser Situation gingen Politiker, Architekten und Planer daran, sich in den ersten Jahren nach 1950 mit einer regional koordinierten Planung im Raume Zürich zu befassen.

## 6 VERSUCH, EINE ZIELSETZUNG FUER DIE ZUKUNFT

### ZU FORMULIEREN

#### Dezentralisierte Konzentration als Ziel

Am 1. März 1956 setzte der Regierungsrat eine Expertenkommission für Regionalplanungsfragen ein mit der Aufgabe, einen Bericht über die Möglichkeiten einer dezentralisierten Besiedlung innerhalb des Kantons Zürich zu erstatten. Die Kommission hatte Vorschläge zu unterbreiten über Massnahmen, die geeignet wären, "der weiteren unerwünschten Zusammenballung von Menschen entgegenzuwirken und gleichzeitig jene Art der Dezentralisation zu fördern, welche für den Kanton als Ganzes am günstigsten ist". Aus dem Bericht sollte insbesondere hervorgehen, was für Gesetze und Gesetzesänderungen nötig wären, um die Bevölkerungs- und Siedlungsverteilung in der gewünschten Weise zu beeinflussen. Die Kommission wurde präsiert von Regierungsrat Paul Meierhans, Baudirektor des Kantons Zürich. Als Mitglieder wirkten unter anderem der Zürcher Stadtrat Jakob Peter und die Planer Hans Marti und Rolf Meyer mit. Am 15. Oktober 1958 unterbreitete die Kommission die Ergebnisse ihrer Beratungen in Form eines Berichtes, der in die Empfehlung ausmündete, die Konzeption "Regionalzentren" als Richtlinie der künftigen Siedlungspolitik zugrunde zu legen. Dieser Lösungsvorschlag ging später unter dem Stichwort "konzentrierte Dezentralisation" ins Planervokabular ein.

#### Verstädterung schon weit fortgeschritten

Im Bericht der genannten Expertenkommission, betitelt "Regionalplanung im Kanton Zürich", wird festgehalten,

dass von den 171 zürcherischen Gemeinden nur noch 33 den überwiegend bäuerlichen Charakter halten konnten. Die Bezirke Affoltern, Andelfingen, Dielsdorf und teilweise Pfäffikon bewahrten am besten die Ausrichtung auf die Landwirtschaft.

Die Entwicklung war geprägt durch eine starke Bevölkerungsvermehrung und einer Verlagerung der Bevölkerung in die Stadt. Im Jahre 1900 registrierte die Stadt Zürich rund 151'000 Einwohner, 1941 waren es 336'395, 1950 zählte Zürich schon 386'485 Einwohner. Bei Herausgabe des Regionalplanungsberichtes war die Zahl von 400'000 überschritten. Aehnlich verlief die Entwicklung in Winterthur, das von 26'609 Einwohnern im Jahre 1920 auf annähernd 70'000 im Jahre 1950 anwuchs. Die Verstädterung schritt rasch voran. Lebten 1950 16,6 Prozent der Bevölkerung des Kantons in Zürich und 5,4 Prozent in der Stadt Winterthur, beherbergten die beiden grossen Stadtgemeinden in der Mitte der 50er Jahre mehr als 60 Prozent der Einwohner des ganzen Kantons.

#### Die Planungsgrundlagen

Beim Erscheinen des Berichts "Regionalplanung im Kanton Zürich" zählte der Kanton Zürich rund 887'000 Einwohner. Gerechnet wurde mit einer Zunahme von 300'000 Einwohnern in einem nicht genau fixierten Zeitraum. Rund die Hälfte der zusätzlichen Einwohner wurde der Stadt Zürich zugesprochen; der Rest sollte sich auf die Landschaft verteilen. Der Bericht folgert, dass gesamthaft eine Siedlungsfläche von mindestens 50 Quadratkilometern bereitgestellt werden müsse.

Interessant ist ein Blick in die damaligen Verkehrsprognosen. Im Eisenbahnverkehr wurde in bezug auf Güter und Personen eine Zunahme des Transportvolumens um etwa 20 bis 40 Prozent gerechnet. Den künftigen Bestand an Motorfahrzeugen abzuschätzen, falle nicht leicht, ist weiter zu lesen. "In Anbetracht des heutigen Ganges der Dinge wird man kaum fehlgehen, wenn man auch hier mit einer weiteren starken Bestandeserhöhung rechnet. Gewisse Prognosen sahen im Jahr 1980 im Kanton Zürich die dreifache Zahl von Motorfahrzeugen. 1960, als der Bericht veröffentlicht wurde, zählte man im Kanton Zürich 115'000 Motorfahrzeuge, heute sind es 503'000.

#### Vier Regionalzentren

Im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung des Kantons als Ganzes, von Stadt und Land, sollte die Bevölkerungszunahme nach dem Leitbild der "konzentrierten Dezentralisation" nicht mehr vorwiegend der Metropole Zürich zufließen, sondern ganz bewusst und mehr als bis jetzt auch kleineren Zentren zugeleitet werden. Neben den natürlich gewachsenen Zentren Zürich und Winterthur schlägt das Konzept den Ausbau von zwei weiteren Zentren und Regionen mittlerer Ordnung vor: Wetzikon für das Zürcher Oberland, Bülach für das Unterland. Die beiden Gemeinden sollten sich von 5'000 beziehungsweise 10'000 Einwohnern zu Städten mit 20'000 beziehungsweise 30'000 Seelen entwickeln und eine Reihe von Einrichtungen aufweisen, die zu gut ausgebauten Mittelstädten gehören. Die gewachsenen Zentren sollten auch auf ihre Nachbarschaft stimulierende Impulse auslösen und Zentrum und Region zu einer wirtschaftlich-kulturellen Einheit zusammenführen. "Insbesondere kann die Region mittlerer

Ordnung auch eine vielseitige Industrieregion sein, in welcher es den Beschäftigten leichtfällt, ihren Arbeitsort zu verlegen, ohne ihren Wohnsitz zu wechseln. Im Oberland wie im Unterland seien wichtige Voraussetzungen für eine kräftige industrielle Entwicklung vorhanden, ebenso günstige Verkehrslage, geräumige Industrie- und Wohnareale, vorteilhafte Brauch- und Abwasserhältnisse sowie nicht zuletzt die positive Bereitschaft von Bevölkerung und Behörden wird festgestellt.

Wenn der bewussten Dezentralisationspolitik in Regionalzentren das Wort geredet wurde, so wollte dies indessen nicht heissen, dass der Hauptstadt das Wasser abgegraben werden sollte. Ziel war es vielmehr, einen Teil des Ueberflusses an industrieller und bevölkerungsmässiger Anhäufung nach kleineren Zentren abzulenken. Neben Zentren der mittleren Stufe sollten über den ganzen Kanton kleinere Zentren entstehen, die sich stärker auf die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung ausrichten können.

Von grossem Weitblick zeugt die Forderung, dass der Landwirtschaft grosse zusammenhängende Gebiete gesichert werden sollen. "Nur so wird sich der Bauernstand in unserem Industriestaat halten und sogar weiterentwickeln können".

#### Wege zur Realisierung

Der damalige Bericht beschränkte sich nicht allein auf die Darstellung einer möglichen künftigen Siedlungspolitik, er wollte auch Wege zur Verwirklichung aufzeigen. Vorgeschlagen wurde eine bewusste Industriestandortpolitik, zu der unter anderem eine kantonale Stelle für In-

dustriestandortberatung beizutragen hätte. Ein kantonaler Finanzausgleich und eine Neuordnung der zweckgebundenen Staatsbeiträge sollten für eine wirkungsvolle Regionalplanung eingesetzt werden. Als dringend wurde die Bezeichnung grosser regionaler Freihaltezonen bezeichnet. Die Verkehrspolitik sollte ihren Niederschlag in einem kantonalen Gesamtverkehrsplan finden, wobei auch die Vorteile von nahe beieinanderliegenden Wohn- und Arbeitsstätten unterstrichen wurden, um den unwirtschaftlichen Pendlerverkehr zu vermindern. Lediglich im Sinne einer Reminiszenz sei angemerkt, dass auch auf die Vorteile einer durchgehenden Arbeitszeit hingewiesen wurde, wobei für Zürich und Winterthur auch einer Arbeitszeitstaffelung das Wort geredet wurde, um Verkehrsstockungen vermeiden zu können.

#### Organisatorische Massnahmen

Im Zeitpunkt des Erscheinens des Berichtes hatten sich die Gemeinden im näheren Bereich der Stadt Zürich zu den Planungsgruppen rechtes und linkes Zürichseeufer, Knonaer Amt, Limmattal, Furttal und Glattal zusammengeschlossen. Die Stadt Zürich war in allen sechs Gruppen Mitglied. Es drängte sich deshalb die Schaffung eines Dachverbandes auf, um die Koordination zu gewährleisten. So kam es 1958 zur Gründung der Regionalplanung Zürich und Umgebung. Die RZU wurde aus der Taufe gehoben. Mitbegründer und erster Präsident der RZU war der ehemalige Zürcher Stadtpräsident und Ständerat Emil Klöti.

Auch auf Verwaltungsebene sind entsprechende Vorarbeiten geleistet worden. Es wurde die damals bestehende Beamtenkonferenz der kantonalen Verwaltung aktiviert und das



kantonale Regionalplanungsbüro zum Amt für Regionalplanung umgewandelt. Erster Vorsteher des Amtes wurde der Planer Hans Aregger, der seine Ideen über die künftige Gestaltung des Kantons Zürich am 10. April 1963 anlässlich einer Pressetagung zuhanden der Öffentlichkeit vorstellte. Das war im fünften Jahr des Bestehens der ZPG.

7 DIE ZUERCHER PLANUNGSGRUPPE GLATTAL FORMIERT SICH

Für ein harmonisches Gleichgewicht

Am 7. Dezember 1957 fand im Glattal eine orientierende Versammlung von Behördevertretern der Glattalgemeinden und der Stadt Zürich statt, an der die Bildung einer regionalen Planungsvereinigung diskutiert wurde. Treibende Kraft war der damalige Gemeindepräsident von Opfikon-Glattbrugg, Hermann Müller, der in alt Ständerat Ernst Klöti einen starken Förderer des regionalen Zusammenschlusses auf der Seite der Stadt Zürich fand. Schon auf Mittwoch, 15. Januar 1958, konnte zur Gründungsversammlung ins Restaurant "Linde" in Wallisellen eingeladen werden. Als Tagungspräsident wirkte Gemeindepräsident Hans Gossweiler aus Dübendorf. Das Protokoll führte Gemeinderatsschreiber Hans-Rudolf Leemann aus Opfikon. Anwesend waren 59 Gemeindevertreter. Die Gemeinden Dübendorf, Kloten, Schwerzenbach und Wallisellen hatten ihren Beitritt zur Zürcher Planungsgruppe Glattal schriftlich angekündigt. Mündlich erklärten die Vertreter der nachstehenden Gemeinden ihre Bereitschaft zum Mittun: Fällanden, Maur (unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Behörde), Volketswil, Wangen, Dietlikon, Bassersdorf, Opfikon und Rümlang. Die Stadtgemeinde Zürich schloss sich der Planungsgruppe ebenfalls an. Interesse für den Beitritt bekundete die Gemeinde Regensdorf für den Fall, dass im Furttal keine Planungsgruppe gegründet würde. Als letzte Gemeinde stiess Nürensdorf am 12. Juli 1966 zur ZPG.

### Den Beweggründen nachgespürt

Wo liegen die Gründe, die zum Zusammenschluss zur Zürcher Planungsgruppe Glattal führten, zu einer regionalen Vereinigung, die über die gewachsenen historischen Grenzen griff und ein Gebiet umfasst, das wohl durch den Flusslauf der Glatt einen gewissen Zusammenhang aufweist, ohne dass aber die einzelnen Gemeinden über die nachbarschaftlichen Beziehungen hinaus engeren Kontakt gepflogen hatten?

Ausschlaggebend waren einerseits staatspolitische Gründe - genauer gesagt, das Verhältnis der Stadt Zürich zur Region - und andererseits warf der Autobahnbau deutlich seine Schatten voraus. Im Geleitwort des ersten Mitteilungsblattes, mit dem die Initianten der ZPG für die Gründung warben, heisst es: "Die Entwicklung Zürichs von der Kleinstadt zum grossstädtischen Zentrum hat bewirkt, dass auch die bauliche und wirtschaftliche Entwicklung des engeren Siedlungsbereiches die politische Grenze heute überschreitet. Ueberall, wo nicht die natürliche Grenze der Topografie ein weiteres Wachstum verhindert, ist heute der Rand des städtischen Siedlungsgebietes als baulich erkennbare Grenze verschwunden. Aber auch die engen wirtschaftlichen Verflechtungen, etwa des Arbeitsmarktes und die kulturellen Verbindungen von Stadt und Umgebung, stellen ein derart intensives Netz von Wechselbeziehungen dar, dass sich eine Betrachtungsweise aufdrängt, welche die Region Zürich als siedlungsmässige Einheit begreifen lässt." Es wird in der Folge an die Entwicklungen erinnert, die zur ersten und zweiten Zürcher Eingemeindung geführt haben. Ferner wird deutlich gemacht, dass

weitere Eingemeindungen nicht mehr anzustreben sind. Einer weiteren Entwicklung ins Uferlose wurden jedoch schwere Bedenken gegenübergestellt. "Vor allem die Idee des Gleichgewichtes zwischen der Stadt und dem übrigen Kanton, zwischen einer einzelnen Stadt und unserem Land, zwingen dazu, für die weitere Entwicklung einen neuen Weg zu suchen. Solche staatspolitischen Ueberlegungen, aber auch die noch lange nicht genug verbreitete Erkenntnis, dass mit der wachsenden Grösse einer Siedlung ihre Aufgaben nicht einfacher werden, haben denn auch dazu geführt, dass sich der Stadtrat Zürich von einer weiteren Eingemeindung distanziert".

#### Gemeinsame Aufgaben im Glattal

Die Ausdehnung, Uebergriffe und Beeinflussung der wachsenden Stadt Zürich auf Gebiete des Glattales in Zukunft in geordnete Bahnen zu lenken, durch Planung die vielfältigen zwangsläufig entstehenden Probleme zu lösen, könne als Gesamtaufgabe der Planungsgruppe betrachtet werden, stellten die Initianten fest. Mit der Entwicklung der Stadt und der Vororte sollen die Versorgungsanlagen der Energie, Gas und Wasser, die Beseitigung der Abwässer und des Kehrichts auf eine möglichst wirtschaftliche Basis gebracht werden; Vorhaben also, die auch heute noch von höchster Aktualität sind. Im Hinblick auf den immer grössere Bedeutung erhaltenden Planungsgedanken wurde die Abstimmung der Zonenpläne als eine weitere wichtige Aufgabe der Planungsgruppe bezeichnet. Dazu Ständerat Klöti: "Die Zeit der Schaffung utopischer Pläne ist sicher vorbei. Die noch schützenswerten Gebiete und Objekte zu erhalten, soll ebenfalls zu den Aufgaben der Planungs-

gruppe zählen". Dass Klöti im übrigen sehr klare Vorstellungen über die Gliederung der Region besass, geht daraus hervor, dass er den Gemeinden empfahl, sich durch möglichst breite Grünbänder voneinander zu trennen, damit sie im Gelände immer als besondere Einheiten erkennbar bleiben. Klöti setzte sich auch dafür ein, dass die neuen Ueberbauungen möglichst gelockert erstellt und mit kräftigem Grün durchzogen werden. Er regte zudem an, dass sich die junge Planungsgruppe mit dem Hochhausproblem beschäftigen solle, weil nämlich in manchen Kreisen ein förmlicher Hochhausfimmel herrsche. Eine gewisse Zurückhaltung in diesem Bereich schien Klöti geboten.

#### Die Gründungsversammlung

In erster Linie sei es nötig, dass die beteiligten Gemeinden sich klar würden, wie die Glattalregion gestaltet sein sollte, damit die späteren Generationen darin unter gesunden und angenehmen Verhältnissen leben können, betonte Ständerat Klöti an der Gründungsversammlung. Es zeugt für seinen Weitblick, dass er diese Gestaltungsaufgabe mit grösster Bestimmtheit den Gemeinden übertragen wollte. Vom Standpunkt der politisch wertvollen, lokalen Selbstverwaltung aus gesehen wäre es falsch, wenn der Kanton einen Regionalplan erarbeiten und den Gemeinden ihre Entwicklungsrichtung vorschreiben würde, erklärte Klöti. "Es soll die Region ihren Gesamtplan selber schaffen und verwirklichen."

Klöti und auch Gemeindepräsident Müller waren sich bewusst, dass es einer Stelle bedarf, die sich die Interessenwahrnehmung der Region zur Aufgabe macht. Die "Vordenker" der Gründung hatten sich über die Organisations-

form einer Planungsgruppe Glattal bereits sehr klare Vorstellungen erarbeitet. Dass ein Zweckverband ihren Vorstellungen am besten entsprochen hätte, ist zwischen den Zeilen herauszulesen. Als nüchterne Realpolitiker erkannten sie aber auch die Schwierigkeiten einer solchen Lösung. Wörtlich im Mitteilungsblatt: "Im Volk ist die Erkenntnis der Notwendigkeit der Regionalplanung noch nicht so tief verankert, dass erwartet werden könnte, die Stimmberechtigten würden in den Gemeindeversammlungen und in der Abstimmung in der Stadt Zürich die Bildung eines Zweckverbandes zustimmen." Die Initianten befürchteten im weiteren, der Zweckverband würde als Vorstufe zu einer weiteren Eingemeindung aufgefasst. "Unter den obwaltenden Verhältnissen ist es geboten, nach dem Vorbild der Planungsgruppe Limmattal eine lockere föderalistische Organisation in der Form eines Vereins ins Leben zu rufen, dem die Gemeinden der Region aus freiem Entschluss beitreten können, ohne in ihrer Selbständigkeit beeinträchtigt zu werden." Klar wurde erkannt, dass ein loser Verband in Vereinsform auch seine Schwächen hat. "Aber er bedeutet einen sehr wertvollen Schritt zur Wahrnehmung der Zukunftsinteressen der Glattalregion. Es ist etwas Ideales, ohne Zwang auf dem Wege gemeinsamer Erörterung regionaler Fragen zu einheitlichen Auffassungen zu gelangen, aus denen heraus die einzelnen Gemeinden den Interessen der Region freiwillig gebührend Rechnung tragen. Es hat dies die Bereitschaft zu kollegialer Zusammenarbeit zur Voraussetzung. Dies kann erwartet werden, handelt es sich doch um die Region, um die engere Heimat, die so ausgestaltet werden soll, dass die kommenden Generationen nicht nur ihre Heimatgemeinde, sondern auch ihrem Glattal anhänglich sind und es in ihre Heimatliebe einschliessen."

Im Zweckartikel der Statuten wird festgehalten, der Verein Zürcher Planungsgruppe Glattal (ZPG) bezwecke, interkommunale Planungsaufgaben des Glattals zu koordinieren und einer allseits befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Gemeinden bis zu 1'000 Einwohnern hatten einen jährlichen Unkostenbeitrag von 50 Franken zu entrichten, grössere Gemeinden bis zu 5'000 Einwohnern bezahlten 100 Franken, Gemeinden mit mehr als 5'000 Einwohnern hatten 150 Franken zu bezahlen. Dies ergab aus Mitgliederbeiträgen eine jährliche Summe von 1'450.-- Franken. Im weiteren wurde bestimmt, dass von der Mitgliederversammlung beschlossene Ausgaben für Planungsarbeiten und Aktionen von den beteiligten Gemeinden nach Massgabe eines noch zu vereinbarenden Schlüssels zu bestreiten sind.

Die Gründungsversammlung wählte Gemeindepräsident Hermann Müller, Opfikon-Glattbrugg, zum ersten Präsidenten. Vizepräsident wurde Norbert Ehrat, Gemeindepräsident von Wallisellen. Gemeinderat Otto Aeberli aus Dübendorf ergänzte als Sekretär den Vorstand. Als Kassier bestimmte die Versammlung Fritz Bachmann, Substitut auf der Gemeindeverwaltung Dübendorf. Den planerischen Arbeitsausschuss bildeten Hans Aregger und Klaus Christoffel, Planungsbüro, Zürich, und Hans und Walter Gossweiler, die in Dübendorf ein Ingenieurbüro betrieben.

## 8 AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE AUTOBAHN

### Auffassungen im Wandel der Zeit

Die Geschichte der ZPG ist - zumindest in den ersten Jahren - ein Spiegelbild der Auseinandersetzung um die Autobahnen im Raum nördlich von Zürich. Die Wahrung der Mitspracherechte bei der Planung der Autobahnen und Expressstrassen bezeichnete Präsident Hermann Müller als eine der wichtigsten Aufgaben der Planungsgruppe. In der Rückschau darf festgestellt werden, dass die ZPG in jedem Zeitpunkt sehr moderne und fortschrittliche Auffassungen vertrat.

Ständerat Klöti machte die Gründungsmitglieder mit den grundsätzlichen Vorstellungen des Stadtrates von Zürich über den Sinn und Zweck der Autobahnen vertraut. Früher habe die Meinung vorgeherrscht, Autobahnen müssten die Städte umfahren, erklärte Klöti. Am Beispiel Deutschlands versuchte er jedoch nachzuweisen, "dass die Autobahnen in erster Linie interurbane Verbindungen und erst in zweiter Linie Transitstrassen über grössere Strecken darstellen". Dabei gelte die leicht verständliche Regel: Je grösser zwei verbundene Städte sind, und je näher sie beieinander liegen, um so grösser der wechselseitige Verkehr. "Für Zürich stellt sich die Situation so dar, dass der reine, ungebrochene Durchgangsverkehr nur etwa zehn Prozent beträgt; der volle Durchgangsverkehr, einschliesslich desjenigen mit kurzen Aufenthalten, etwa 15 Prozent. 85 bis 90 Prozent des gesamten Verkehrs zielen nach der Stadt oder entstehen in der Stadt. Unter diesen Umständen ist es gegeben, Autobahnen nicht um die grossen Städte herum, sondern



durch die Städte zu führen." Klöti verkannte die technischen Schwierigkeiten einer solchen Maxime nicht: "Da wir uns den Luxus grosser Durchbrüche finanziell und städtebaulich nicht leisten können, müssen Expressstrassen in vorhandene, offene Räume gelegt werden. In Zürich ist ein solcher Raum eindeutig im Bereich von Limmat und Sihl gegeben." Klöti trat - ohne die Schwierigkeiten der Einführung der Autobahn Zürich-Winterthur in die Kantonshauptstadt zu verkennen - für eine offene Linienführung von Aubrugg bis Milchbuck mit anschliessender Tunnellösung bis in die Gegend des Platzspitzes ein. Dass die Linienführung im Sihlraum Schwierigkeiten bieten würde, war ihm allerdings durchaus bewusst.

Mit welcher Unbekümmertheit damals geplant wurde, geht aus einem Referat des Zürcher Stadttingenieurs Steiner hervor, der 1959 vor einer Mitgliederversammlung der ZPG das Expressstrassennetz in der Stadt Zürich erläuterte. Nach den damaligen Vorstellungen hätte die Sihl-expressstrasse ab Platzspitz über der Sihl und über das Perrondach des Hauptbahnhofes hinweg Richtung Brunau führen müssen.

Bemerkenswert ist Klötis Weitblick. In seinem Einführungsreferat betonte er vor der ZPG, es sei voraussehbar, dass in einem späteren Zeitpunkt eine zusätzliche Umfahrungsmöglichkeit der Stadt Zürich geschaffen werden müsse, um das innerstädtische Netz vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Klöti sah ein geschlossenes Umfahrungsnetz nur westlich der Stadt über das Limnattal. "Alle diese Fragen müssen in verhältnismässig kurzer Zeit, in wenigen Monaten, bearbeitet werden", drängte Klöti die Mitglieder der ZPG.

### Erste Planungsarbeiten

An der ersten Vorstandssitzung am 20. Februar 1958 in der "Linde" in Wallisellen wurde beschlossen, der Mitgliederversammlung einen Kredit von Fr. 6'000.-- zu unterbreiten für die Mitwirkung der fachtechnischen Berater bei den Autobahnplanungsarbeiten des Kantons. Die gleichentags stattfindende erste Mitgliederversammlung stimmte dem Begehren nach Erläuterungen von Hans Aregger, Mitglied des Planungsausschusses, zu. Der Zürcher Städteningenieur Steiner wandte sich jedoch entschieden gegen ein selbständiges Planen der ZPG. Es genüge, wenn der Kanton die Bereitschaft zeige, die Wünsche der Gemeinden entgegenzunehmen.

Mit Mehrheit wurde dem Kredit jedoch zugestimmt und ausdrücklich betont, dass sich die ZPG nicht von einer objektiven Prüfung der vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten abbringen lasse. Diese Haltung, die schon an der ersten Mitgliederversammlung festgelegt wurde, hat die ZPG in der Folge durch alle Jahre hindurch begleitet. Das hat wesentlich zu den Erfolgen der Planungsgruppe beigetragen. Dazu kommt, wir greifen jetzt etwas vor, dass sich die Planungsgruppe stets bemühte, ihre Kräfte nicht zu zersplittern und die Arbeit auf das Wesentliche zu beschränken. "Wir wollen keine planerischen Spieleereien und Spekulationen", erklärte der dazumalige Präsident der ZPG im Jahre 1967 bei der Vorstellung des Arbeitsprogrammes.

### Variantenstreit

Schon am 12. Juni 1958 konnte Hans Aregger der Mitgliederversammlung einen ersten Autobahnbericht vorlegen. Er plädierte für eine Nordvariante der Autobahn Winter-

thur-Zürich über Lufingen, die eindeutig jene Lösung darstelle, welche die Glattalgemeinden am ehesten zu befriedigen vermöge. Die Städte Zürich und Winterthur lehnten diese Lösung aber ab. Sie fiel denn auch bald aus Abschied und Traktanden bei der ZPG, trotzdem noch am 16. Mai des gleichen Jahres im Vorstandsprotokoll festgehalten wurde, diese Linienführung vermöge am ehesten zu befriedigen, und es sei ihr in der weiteren Projektierung die Priorität zukommen zu lassen. Die ZPG hatte sich zum ersten Mal einem Sachzwang zu fügen.

Es folgt nun eine Zeit intensiver Studien über die Linienführung der N1 in den Gemeinden Wallisellen, Dietlikon, Wangen-Brüttisellen. In enger Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden wurde in unzähligen Sitzungen versucht, die Interessen der Gemeinden bestmöglichst zu wahren. Die grössten Schwierigkeiten ergaben sich in Wangen-Brüttisellen. Der Gemeinderat vermochte sich mit der offiziellen Linienführung nicht zu befreunden. Er gab bei der Arbeitsgemeinschaft Seiler und Barbe ein Gutachten über die Linienführung in Auftrag. Auch der Zürcher Architekt Hans Marti wurde beigezogen. Die Gemeinde strebte eine Tunnelvariante als planerisch und verkehrstechnisch bessere Lösung an.

Es entstand in der Folge ein offizielles Projekt, das die typischen Züge des Wachstumsglaubens jener Zeit trug. Unter den sich kreuzenden Autobahnen des Wanger Kreuzes sollte ein grosses gewerblich-industrielles Zentrum entstehen, das sich dank seiner grossen Standortgunst einer grossen Anziehungskraft erfreuen sollte.

Vorerst ging es allerdings erst um die N1 und noch nicht um die Oberlandautobahn. Eine Tunnelvariante, die Mehrkosten von zehn Millionen Franken gebracht hätte, wurde von den projektierenden Stellen abgelehnt. Auch eine Resolution der Zivilvorsteherschaft von Brüttsellen, welche die offizielle Linienführung bekämpfte, vermochte nichts mehr zu ändern. Die Gemeinde hatte sich einem Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Seiler und Barbe zu beugen. Auch Hans Aregger, der inzwischen zum Vorsteher des neuen kantonalen Amtes für Regionalplanung ernannt wurde, empfahl der ZPG sich für einen Anschluss Brüttsellens an das Autobahnnetz einzusetzen.

#### Eine Warnung wurde überhört

Nach dem Ausscheiden von Hans Aregger aus dem Planerstab der ZPG beauftragte die ZPG den bekannten Landesplaner Rolf Meyer mit einer Expertise der Autobahnführung im Raume nördlich der Stadt Zürich, und zwar unter Berücksichtigung der Auswirkungen der geplanten Oberlandautobahn.

Meyer stand - zusammen mit seinem Planerkollegen Hans Marti - der Autobahnkonzeption im Raume Zürich von allem Anfang an skeptisch gegenüber. Er stellte in einem Gutachten fest, dass der Milchbucktunnel den auf Zürich zurollenden Verkehr nicht verkraften könne, eine Auffassung, die auch vom Vorstand der ZPG mit Ueberzeugung übernommen wurde.

Die Erkenntnis, dass der Flaschenhals in Schwamendingen das Verkehrsaufkommen aus dem Zürcher Oberland und aus

der Ostschweiz und auch aus dem süddeutschen Raum nie werde verkraften können, gewann wohl an Boden, ohne dass das Prinzip der offenen Autobahnführung bis zum Milchbucktunnel aufgegeben wurde. Rolf Meyers Widerstand - er fand in der ZPG überzeugte Verbündete - führte aber letztlich doch zur Idee der Stadtumfahrung, die schon Ständerat Klöti vor Jahren skizziert hatte. Damals war allerdings nicht nur von der N20, von Aubrugg nach Weiningen, sondern auch noch vom Seetunnel die Rede, ein Projekt, das die Gemüter erhitze, ehe es, besserer Einsicht folgend, in der berühmten Schublade versenkt wurde.

Zu erwähnen ist, dass Rolf Meyers unerschrockenes Auftreten im Schosse der ZPG durchaus Beachtung fand. Er wurde denn auch am 21. Juni 1963 neben Hans Gossweiler zum zweiten fachtechnischen Berater im Planungsausschuss gewählt, zusammen mit Architekt Peter Steiger aus Zürich. Die anlaufenden Arbeiten an der regionalen Planung verlangten einen vergrösserten Planungstab.

## 9 DIE OBERLANDAUTOBAHN TAUCHT AUF

### Regionale Bedeutung im Vordergrund

Am 24. Januar 1962 tauchte im Vorstandsprotokoll erstmals das Thema der Oberlandautobahn auf. Sie sollte den Strassenzug Rafz-Eglisau-Bülach-Kloten-Bassersdorf in Brüttsellen übernehmen und die Fortsetzung bis zur Kantonsgrenze vor Rapperswil herstellen. Gleichentags informierte Landesplaner Rolf Meyer die Mitgliederversammlung über die vorgesehene Linienführung.

Meyers Referat konnte entnommen werden, dass eine leistungsfähige Strasse ins Zürcher Oberland notwendig und erwünscht sei, wobei dem neuen Strassenzug zwei Funktionen zugedacht wurden:

- Die Oberlandautobahn soll dem Verkehr der Region dienen und
- den Durchgangsverkehr in Richtung Graubünden / Glarnerland übernehmen.

Mit Genugtuung hat man vermerkt, dass eine Strasse geplant wurde, die in erster Linie dem regionalen Verkehr dienen sollte und erst in zweiter Priorität dem Fernverkehr. Aber es gab da genügend Konfliktstoff, weil einerseits Baugebiete und andererseits gutes Bauernland geopfert werden sollte. Von allem Anfang an wehrte sich die ZPG gegen die beabsichtigten Eingriffe ins Schutzgebiet am Greifensee.

Die Aufgabe schien der Mitgliederversammlung wichtig genug, eine Kommission einzusetzen, der neben den Vor-

standsmitgliedern auch Vertreter der betroffenen Gemeinden angehörten. Der erweiterte Vorstand beauftragte am 24. Januar 1962 Rolf Meyer mit der Ausarbeitung eines Gutachtens.

Die Auseinandersetzung mit dem Kanton stand von Anfang an nicht unter einem guten Stern. Am 25. Januar 1962 ersuchte die ZPG den Regierungsrat, es sei der Entscheidung über die Linienführung erst zu fällen, wenn die Planungsgruppe zum Problem Stellung bezogen habe. Das Begehren wurde am 26. April des gleichen Jahres erneuert. Dessen ungeachtet hat der Regierungsrat am 19. April bereits entschieden. Am 11. Mai hat sich darauf der Vorstand erneut mit der Angelegenheit befasst und sich bei der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU) über das Vorgehen der Baudirektion mit einem scharfen Brief beschwert. Eine Kopie ging nicht nur an die betroffenen Gemeinden, sondern an alle Regierungsräte. In einer Aussprache hat die Baudirektion daraufhin die schweren Formfehler eingestanden. Immerhin liess sich feststellen, dass die Variante Süd, welche das Naturschutzgebiet tangiert hätte, nicht weiter verfolgt werden sollte. Endgültige Entscheide sind damals von der Baudirektion aber noch nicht gefällt worden. Im August des gleichen Jahres stellte der Vorstand der Planungsgruppe fest, dass der Zusammenstoss zwischen der ZPG und der Baudirektion über die Linienführung der Oberlandstrasse insofern als Glücksfall zu werten sei, als der Gesamtregierungsrat den Problemen des neuen Strassenzuges seine Aufmerksamkeit schenke. Die Differenzen zwischen der ZPG und dem Kanton blieben indessen bestehen, setzte sich doch der Vorstand für die Variante

Zentrum ein, die hart am Dorfkern von Schwerzenbach vorbeiführte, während der Kanton sich für eine Lösung mit einer Strassenführung im Bereich der Gemeindegrenzen Schwerzenbach und Volketswil stark machte. Es ist dann aber auch um dieses Thema still geworden. Dem Geschäftsbericht über die Jahre 1963/64 ist zu entnehmen, dass die endgültige Trasseefestlegung unmittelbar bevorstehe und dass die ZPG zur Vernehmung eingeladen worden sei. Damit verschwand dieses Thema von der Geschäftsliste der ZPG.



10 DIE ZPG UNTER NEUER FUEHRUNG

Eine wichtige Wachtablösung

Am 18. April 1962 orientierte der Präsident der ZPG, Hermann Müller, den Vorstand, dass er sein Amt als Bauvorstand der Gemeinde Opfikon-Glattbrugg abgetreten und als neues Ressort die Finanzverwaltung übernommen habe. Er wünschte deshalb, als Präsident der Planungsgruppe zurückzutreten. Am 13. Juni 1962 stellte Hermann Müller anlässlich der Mitgliederversammlung sein Amt definitiv zur Verfügung, ein Schritt, zu dem er sich dann aus gesundheitlichen Gründen gezwungen sah. Norbert Ehrat, der sein Amt als Gemeindepräsident von Wallisellen niedergelegt hatte, hätte sich ebenfalls gerne zurückgezogen. Mangels der Bereitschaft möglicher Kandidaten, das ZPG-Präsidium zu übernehmen, stellte sich Norbert Ehrat interimweise für das Präsidialamt zur Verfügung. Anfänglich wollte sich auch Ernst Bosshard aus Dübendorf aus dem Vorstand zurückziehen, doch entschloss er sich dann zur Weiterführung seiner Arbeit im Schoss der ZPG. Neu wurde Gemeindepräsident Karl Gachnang aus Fällanden in den Vorstand berufen. Am 21. Juni 1963 übernahm Ehrat das Präsidium der ZPG definitiv.

Im Januar 1963 starb der Hauptinitiant, Mitgründer und erste Präsident der Zürcher Planungsgruppe Glattal, Hermann Müller aus Glattbrugg, unerwartet: Norbert Ehrat würdigte die Verdienste des Verstorbenen mit folgenden Worten: "Hermann Müllers höchstes Anliegen war das Dienen, das Da-Sein für seine Gemeinde und für seine Heimat. Mit den Geschäften für die eigene Gemeinde vollauf beschäftigt, hat er es doch verstanden, über

11 DER KANTON STEHT DER REGIONALPLANUNG

ABLEHNEND GEGENUEBER

Die ZPG ringt um Verständnis

Die Auseinandersetzung um die Oberlandautobahn hat bereits aufgedeckt, dass bei den übergeordneten Stellen das Verständnis für die Regionalplanung noch keineswegs eine Selbstverständlichkeit war. 1962 wurde zu einem Jahr der Bewährung für die Planungsgruppe. Erstmals in ihrer noch jungen Geschichte hatte sie sich nicht nur mit regionalem Interessenausgleich innerhalb der ihr angeschlossenen Gruppe zu befassen, sondern die Anliegen der Region geschlossen gegen Planungsmaßnahmen kantonaler Instanzen zu vertreten, die aus regionaler Sicht unverständlich erschienen. Gegenüber den kantonalen Instanzen stellte die ZPG klar, dass sie es nicht nur für ihre Pflicht, sondern es auch als ihr Recht betrachte, bei Entscheiden von regionaler Bedeutung mitzuwirken.

Der Konflikt spitzte sich Mitte der 60er Jahre zu. An der Vorstandssitzung vom 21. Januar 1965 wurde festgestellt, das Verhältnis zum kantonalen Amt für Regionalplanung gebe zu Kritik Anlass. Die Koordination zwischen den planenden Instanzen, Amt für Regionalplanung (ARP) und Planungsgruppen, wie auch zwischen ARP und Regionalplanung Zürich und Umgebung wurde als mangelhaft bezeichnet. Dazu lesen wir im Protokoll: "Dem Amt für Regionalplanung und einzelnen kantonalen Aemtern scheinen die Existenz der Planungsgruppe zu missfallen, sobald sie die Interessen der Region wahrnimmt,

Aus dem Vorstandsprotokoll vom 20. Mai 1965 ist zu erfahren, dass eine Aussprache gezeigt hat, dass die Bau-  
direktion dem Wirken der Regionalplanungsgruppen eher  
ablehnend gegenübersteht. "Das Amt für Regionalplanung  
befindet sich in einer isolierten Stellung, und mit dem  
Tiefbauamt spielt die Zusammenarbeit nicht." Trotz des  
wenig erfreulichen Bescheides entschloss sich der Vor-  
stand zur Weiterführung der angelaufenen Arbeiten, al-  
lerdings mit dem Hinweis: "Die Institution einer Regio-  
nalplanungsgruppe ist so lange sinnvoll und fruchtbar,  
als die Instanzen, die von Verfassung und Gesetzes we-  
gen mit der Planung beauftragt sind, diese Arbeit ernst  
nehmen und Hand zu einer konstruktiven Zusammenarbeit  
bieten. Fehlt es an dieser Voraussetzung, so bleibt je-  
de noch so gute Arbeit einer Regionalplanungsgruppe im  
leeren Raum." Aber man war im Glattal nicht bereit,  
aufzugeben, denn: "Je beharrlicher aber die Gemeinden,  
die sich in einer Planungsgruppe zusammengeschlossen  
haben, ihren Weg verfolgen, um so mehr wird ihre Legimi-  
tation, ein Gesprächspartner aller kantonaler Amtsstel-  
len zu werden, auf die Dauer anerkannt."

12 DIE REGIONALPLANUNG IM KANTON ZUERICH IN IHRER

ERSTEN PHASE

Die Arbeit am ersten Gesamtplan beginnt

Die frühen 60er Jahre weckten das Verständnis für die Regionalplanung im Kanton Zürich. Am 21. Juni 1963 orientiert Jakob Maurer, der damalige technische Leiter der RZU, die Mitgliederversammlung über den zu erarbeitenden kantonalen Gesamtplan. Dieser sollte bestehen aus dem Transportplan, mit dessen Bearbeitung das kantonale Büro für den Transportplan beauftragt werden sollte. Für die Ausgestaltung des Siedlungsplanes war die RZU ausersehen. Der Landschaftsplan sollte unter der Obhut der Planungsgruppen entstehen, während der Versorgungsplan dem Kanton anheim gestellt wurde. Am 19. August 1964 bewilligte die Mitgliederversammlung der ZPG einen Kredit von 46'200 Franken als Anteil an die Kosten des Gesamtplanes. Für die Arbeiten am regionalen Bebauungsplan wurde gleichzeitig die Summe von 15'000 Franken freigegeben. Zudem wurde dem Vorstand ein Betrag von 30'000 Franken für allgemeine Planungsarbeiten zur Verfügung gestellt. Es handelte sich bei dieser Summe um das sogenannte Handgeld, das es der ZPG ermöglichte, wo immer dies nötig war, rasch zu handeln. Dieser Kredit durfte im übertragenen Sinn als Vertrauensbeweis in den Vorstand gewertet werden.

Ganz unvorbereitet war die ZPG auf die neue Aufgabe nicht. Schon am 9. April 1959 forderte der Vorstand einen Kredit von 5'000 Franken für eine Grünraumplanung

im Glattal, der auch bewilligt wurde. Freiflächen sollen die einzelnen Gemeinden trennen und die Region strukturieren. Es wurde klar erkannt, dass diese Bemühungen ausserordentliche finanzielle Aufwendungen erfordern werden. Die Planung sollte die Gemeindebehörden in die Lage versetzen, ihre Landkaufpolitik nach den Vorstellungen der Planungsgruppe auszurichten. Bemerkenswert ist, dass sich die Stadt Zürich zur Hälfte an den Kosten dieser Planung beteiligte.

Die ZPG leitete nun eine eigentliche Inventaraufnahme ein. Die Bearbeitung lag bei der Arbeitsgemeinschaft Steiger-Gossweiler unter ständiger intensiver Mitwirkung der RZU. Dieses gut eingespielte Team bearbeitete auch all die verschiedenen Planungsaufgaben bis in die Gegenwart. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden im Jahresbericht 1963/64 wie folgt kommentiert: "Die Bestandesaufnahme, oder wie man es anders ausdrücken könnte, die Durchleuchtung der Glattalgemeinden mit der Planungslampe, ergab sicher für alle Gemeinden der Gruppe instruktive Aufschlüsse - mochte auch beim Lesen der umfangreichen Dokumentation das Hauptinteresse weniger auf die eigenen bekannten Sorgen als auf den Stand der Planung in den Nachbargemeinden gerichtet sein; und manchem Bauvorstand dürften sich bei der Einsichtnahme in die Probleme und in die aus der Dokumentation hervorgehenden Planungsabsichten seiner Nachbargemeinden ganz neue Aspekte für die Belange seiner Gemeinde eröffnet haben." Die Bestandesaufnahme, wenn auch erst eine Vorarbeit zur Planung, war sicher dazu angetan, das Verständnis innerhalb der noch jungen Planungsgruppe zu stärken.

### Eine Neuorientierung innerhalb der ZPG

So wohlwollend die ZPG die Planungsarbeit aufnahm, so hart wurde sie von den Streitereien mit dem Kanton betroffen. Die ZPG glaubte 1962 die Anlaufperiode der Regionalplanung als abgeschlossen. Im Jahresbericht 1962 heisst es dazu: "Es ist in dieser Zeit gelungen, einen guten Kontakt unter den Mitgliedergemeinden zu erreichen und das Bewusstsein der Notwendigkeit gemeinsamer Planung zu wecken. Damit ist die Grundlage für weitere konstruktive Arbeit im Sinne eines besseren organisatorischen Zusammenschlusses und im Sinne der Präzisierung der Arbeit der Planungsgruppe gegeben." Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass das ungeklärte Verhältnis zum Kanton eine zusätzliche Belastung mit sich brachte. Klar wurde aber erkannt, dass die Gestaltung der Zukunft einen Grosseinsatz aller Beteiligten erfordert. Im Jahresbericht 1962 wird dies wie folgt formuliert: "Es gilt aber ein Mehreres zu tun, wenn wir in der vorausschauenden Führung unserer Gemeinden nicht auf halbem Wege stehen bleiben wollen. Der Zusammenschluss der Gemeinden zum Gross-Siedlungsraum vollzieht sich mit einer zwingenden Gesetzmässigkeit, die Frage ist nur die, ob wir diesem Vorgang tatenlos zusehen oder ihn zum Gedeihen unserer Gemeinden und des Kantons in die richtigen Bahnen lenken wollen."

Es machte sich in jener Zeit innerhalb der ZPG Resignation breit. Die Streitereien mit dem Kanton wirkten zermürbend, dazu kam die Streichung der Beiträge des Kantons an die RZU, so dass die Planungsgruppen finanziell weitgehend auf sich selbst angewiesen waren. In dieser reichlich unklaren Situation entschloss sich der

Vorstand der Planungsgruppe Glattal, eine Konferenz der Gemeindepräsidenten und Bauvorstände einzuberufen. Die Tagung, die am 14. Juni 1965 im "Sonntal" in Dübendorf stattfand, war als Standortbestimmung gedacht, wobei gleichzeitig die Auffassung über die weiteren Aktivitäten der Regionalplanung im Glattal erforscht werden sollte.

Der Präsident unterstrich einleitend die positiven Ergebnisse des bisherigen Wirkens, insbesondere die Vorarbeiten zum Gesamtplan. Doch die Sorgen waren grösser als der Stolz auf das Erreichte. Noch seien viele entscheidende Fragen ungelöst, heisst es im Versammlungsprotokoll. "Die Regionalplanung ist durch das Improvisatorische, das der neuartigen Arbeit bis heute anhaftete und weil die grossen Linien weder im Organisatorischen noch im Administrativen festgelegt wurden, in Misskredit geraten." Für das Glattal sei die gegenwärtige Frage verhängnisvoll, weil die Planungsprobleme rasch gelöst werden sollten, stellte Ehrat fest. Die dringende Aufgabe, die Gestaltung des regionalen Bauungsplanes, sollte so rasch als möglich zu Ende geführt werden können, damit in den Gemeinden das Erstellen der Quartierpläne möglich würde. Es sollte ein Konzept der Verkehrslinienführung für den privaten und den öffentlichen Verkehr erstellt werden. Schliesslich wurde betont, es müsste im Verlauf von zwei Jahren möglich sein, das Verkehrsnetz und die Anschlüsse der Expressstrassen an das übrige Strassennetz festzulegen. Der Vorstand unterbreitete der Versammlung ein umfassendes Programm, das von der ungünstigsten Annahme ausging, dass die Gemeinden die gesamten Kosten für diese Pla-

nungsarbeit selbst zu tragen haben. Gerechnet wurde mit Kosten von 340'000 Franken. Es herrschte aber begründete Hoffnung, dass der Kanton eine Subvention leiste. Vom Bund waren Beiträge von 20 Prozent zu erwarten. Insgesamt wurde mit Nettokosten für die Gemeinden von 180'000 Franken gerechnet.

Die Enttäuschung der Gemeindepräsidenten über den schleppenden Gang der Arbeiten und das gespannte Verhältnis zum Kanton ist unschwer aus dem Protokoll herauszulesen. Aber bei aller Skepsis gaben die Gemeindevertreter zu erkennen, es sei kein Anlass, die Regionalplanung aufzugeben.

#### Die Arbeit wird weitergeführt

Mit einem beschränkten Planungskredit wurden die Arbeiten weitergeführt, wobei das Schwergewicht auf die Bereinigung des Verkehrslinienplans gelegt wurde. Im Geschäftsbericht über das Jahr 1966 wurde darauf hingewiesen, dass der Gesamtplan im wesentlichen bereinigt ist und die Arbeiten am Verkehrslinienplan vor dem Abschluss stehen, wobei aber in Wangen-Brüttisellen und in Rümlang schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten auftraten, deren Bereinigung recht viel Zeit beanspruchte.

#### Das lange Warten

Im Mai 1967 wird im Geschäftsbericht festgestellt, dass im Laufe des Sommers mit der Genehmigung des bereinigten Gesamtplanes gerechnet werden dürfe. Doch die Festsetzung liess auf sich warten. Die Flughafenerweiterung warf ihre Schatten voraus. Um nicht den gesamten Plan



in den Schubladen verstauben zu lassen, wurde der Regierungsrat ersucht, den Gesamtplan mit Ausnahme von Kloten zu genehmigen. Es blieb beim Wunsch. Im Oktober 1971 stellte der Präsident der ZPG fest, es sei um das Genehmigungsverfahren still geworden. Die Flughafen-vorlage und das Lärmzonengesetz befanden sich im Stadium der parlamentarischen Beratung. Auswirkungen auf die Flughafengemeinden waren zu erwarten. "Es ist daher verständlich, dass die Regierung das Genehmigungsverfahren mit Rücksicht auf dieses noch nicht völlig feststehende neue Planungsinstrument zurückstellt", merkte Ehrat zur Situation an, mit dem Nachsatz jedoch, dass es wenig verständlich sei, dass nicht wenigstens eine Teilgenehmigung ins Auge gefasst werde.

#### Eine Würdigung der damaligen Arbeit

Es kam weder zu einer Teilgenehmigung noch zur Festsetzung des Gesamtplanes. Wie es sich erst später zeigen sollte, war die geleistete Arbeit aber nicht umsonst. Sie bot dem heute gültigen, allerdings anders aufgebauten Gesamtplan eine gute Basis. Und wenn damals die Pläne auch nur auf dem Papier existierten, so durfte der Präsident der ZPG doch feststellen, "dass die Gemeinden des mittleren Glattales in einer gemeinsamen Anstrengung ein Leitbild für Verkehr und Nutzung erarbeitet haben, welches Grundlage der Funktionsfähigkeit ist".

Norbert Ehrat deutete aber auch an, dass die Bewältigung der Aufgaben im rasch wachsenden Siedlungsgebiet des Glattales mit den bestehenden politischen und gesetzlichen Strukturen nicht mehr einfach zu lösen sind.

die dem Kanton zuwiderlaufen. Konkrete Versprechen (Beispiel Kreditzusicherung regionaler Bebauungsplan) werden nicht eingehalten. Die Gruppe ist dazu verurteilt, ein Schattendasein ohne Hauptzwecke zu führen." Die Gruppe bekomme auch ungenügende oder falsche Auskünfte, ist weiter zu erfahren. "Die Missstände könnten durch klare Organisation behoben werden, wenn nicht eine Abneigung gegenüber der Gruppe bestünde", ist dem Protokoll weiter zu entnehmen.

Der Vorstand sah sich vor die Frage gestellt, ob er seine Bemühungen zur Lösung regionaler Planungsfragen aufgeben oder aber ein arbeitsfähiges selbsttragendes Gremium schaffen solle mit dem Ziel, die Interessen der Region gegen die des Kantons zu vertreten, also eine Regionalplanung gegen den Kanton zu betreiben. Beschlossen wurde, dass Baudirektor Robert Zumbühl die unerfreuliche Lage zur Kenntnis zu bringen ist. Sollte keine Lösung des Konfliktes möglich sein, so wäre die Planungsgruppe aufzulösen und eine Gemeindepräsidentenkonferenz mit der Wahrung der Gemeindeinteressen zu beauftragen.

Dass der Pessimismus nicht Oberhand gewann, geht daraus hervor, dass auch Möglichkeiten einer schlagkräftigeren Organisationsform diskutiert wurden. Es wurde der Zweckverband grundsätzlich als eine taugliche Institution zur Erfüllung von Planungsaufgaben betrachtet, wobei aber auch erkannt wurde, dass einer allfälligen Neuorganisation eine grundsätzliche Klärung der Lage vorausgehen müsste.

Es wurde, so schreibt der Präsident der ZPG, "mit unkonventionellen Methoden, die nicht auf den institutionellen Verwaltungsgrundlagen beruhen und die gerade darum seitens der beteiligten Gemeinden denn Sinn für die Zusammenarbeit voraussetzen, ein Grundgerippe erstellt, für welches die noch aus dem letzten Jahrhundert stammenden verfassungsmässigen und gesetzlichen Grundlagen nicht mehr ausreichen".

13 NACH DEM VERMEINTLICHEN ABSCHLUSS DER PLANUNGSARBEIT

Die politische Dimension

Nach Abschluss der Arbeiten am ersten reg. Gesamtplan legten die Verantwortlichen der ZPG die Hände beileibe nicht in den Schoss. Sachplanungen wurden in Angriff genommen und vermehrt auch das grundsätzliche Gespräch gesucht. Trotz der gutgemeinten planerischen Bemühungen von Gemeinden und Planungsverbänden nahm die siedlungs- politische Entwicklung eine Richtung ein, die der ursprünglichen Vorstellung der dezentralisierten Konzentration diametral zuwiderlief. Statt der regionalen Schwerpunkte wuchsen die "Bandstädte" des Glatt- und Limmattales heran. Verflechtungen und Abhängigkeiten wurden dadurch stärker, es stellte sich damit die Frage, ob Entscheidungsfindung und Beschlüsse auf Stufe Gemeinde noch genügen, um Entwicklungen im regionalen Raum steuern zu können. Planung und Politik konnten, so schien es, auf Dauer nicht mehr getrennt werden.

Mit dieser neuen Dimension befasste sich der Jahresbericht vom 28. Oktober 1971 eingehend. Wir zitieren: "Wir alle sind uns - mindestens seit der Durchführung der Gesamtplanung - durchaus im klaren, dass in den Gemeinden des mittleren Glattales die Bevölkerung bis in zehn Jahren die Zahl von über 140'000 erreicht haben wird (1981 = 105'000). Das sprunghafte Wachstum hat Anlass gegeben, vorerst in den Gemeinden und seit dreizehn Jahren im Bereich der Planungsgruppe, die Entwicklung in den Griff zu bekommen. Während dies in den Gemeinden trotz der vorerst noch rudimentären, im Laufe

der letzten zehn Jahre aber sukzessive verbesserten Rechtsgrundlage einigermaßen möglich war, fehlten sowohl rechtliche, wie personelle und finanzielle Mittel im Bereiche der Planungsgruppen ebenfalls und zwar über die Gemeindegrenzen hinweg, die Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der regionalen Interessen zu beeinflussen. Uebersieht man die Tätigkeit unserer Gruppe seit ihrem Bestehen, so handelt es sich grösstenteils um die Bewältigung von Aufgaben, welche die Kräfte einer Gemeinde übersteigen oder die notgedrungen gemeinschaftliche Lösungen voraussetzen. Immer aber handelte es sich um einzelne, konkrete Zielsetzungen - angefangen von der Beeinflussung der Trasseeführung der Oberland-Autobahn über die Kiesaufbereitungsanlagen im Bereich Rümlang und Glattbrugg bis zur Krankenhaus- und Schiessplatzplanung; und wenn auch das Studium all dieser Fragen ohne Blick auf das Ganze nicht möglich war, so wurden diese Aufgaben doch immer interkommunal - das heisst von den einzelnen betroffenen oder interessierten Gemeinden gemeinsam gelöst. Aber sie wurden nicht gelöst im Bewusstsein, dass es sich um Aufgaben handelt, die im Grunde genommen von einer Stadt von über 100'000 Einwohnern im Rahmen eines organischen Ganzen gelöst werden müssten."

Der Präsident der ZPG formulierte diese Feststellung nicht als Vorwurf an den Vorstand der Planungsgruppe, die Planer oder gar an die Gemeinden. "Es ist eine schlichte Feststellung; dass die Gemeindeaufgaben die traditionellen Gemeindegrenzen an vielen Orten sprengen, dass die heutige staatliche Organisation auf Verhältnisse zugeschnitten ist, wie sie 1831 bei der

Schaffung der kantonalen Verfassung bestanden. Und die Entwicklung zwingt zur Frage, ob die Regionalplanungsgruppen - ganz unabhängig davon, ob sie in der Form des Vereins oder des Zweckverbandes bestehen - in der Lage sind, die Lücke zu füllen, die das Fehlen einer aktiven Verwaltungsstufe zwischen Gemeinden und Kanton aufgrund dieser veränderten Verhältnisse bedeutet. Auch der Zweckverband, so fruchtbar diese Rechtsfigur des Gemeinderechts gewesen ist, vermag mit seiner begriffsnotwendig einseitigen Zielsetzung auf die Dauer und mit zunehmender Komplexität der Probleme nicht mehr zu genügen. Wir geraten sonst in Gefahr, neben den Gemeinden eine in Zweckverbänden aufgesplitterte Teilverwaltung zu erhalten."

Norbert Ehrat, der damalige ZPG-Präsident, erinnerte die Verwaltung daran, dass die Frage der Regionalisierung gestellt ist. Sie bildete auch bereits Gegenstand eines Vorstosses im Kantonsrat. Aus persönlicher Ueberzeugung stellte der Präsident fest, dass aufgrund der bestehenden starken Bindungen, der Traditionen und infolge des ausgeprägten Selbstbewusstseins der autonomen Gemeinden der Wandel zur Regionalverwaltung sich ausserordentlich langsam vollziehen wird. "Aber er wird kommen, weil er die zwangsläufige Folge einer nicht aufhaltbaren Entwicklung ist. So fremd der Gedanke uns Heutigen erscheint, wir müssen uns damit vertraut machen, dass regionale Entscheidungen morgen von der Stadt im Glatttal und nicht mehr von einzelnen Gemeinden getroffen werden. Seien wir uns doch auch im klaren darüber, dass das Verhältnis der Agglomeration Zürich zur Hauptstadt Zürich kaum auf die Dauer in einem Dialog

33

zwischen einer grossen, überlasteten Stadt und 30 oder 40 einzelnen Gemeinden geregelt werden kann." Ehrat weist in der Folge auf den verzweifelten Versuch des Stadtrates Zürich mit der Idee der Waldstadt auf dem Zürichberg hin, den er als ein Signal bezeichnete, dass die Stadt mit der Bewältigung des schwerwiegenden Problems der Wohnraumbeschaffung am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt ist. Abschliessend stellt der Präsident der ZPG fest: "Unsere Generation wird diese Umwandlung des staatlichen Aufbaues nicht mehr vollziehen. Ich halte es aber für notwendig, dass schon wir uns der Probleme bewusst werden - vor allem aber, dass wir wissen, dass unsere Arbeit, die eine Zusammenarbeit der Gemeinden ist, im Grunde genommen schon heute Arbeit für die Stadt von morgen ist."

Es wurde spürbar, dass die Entwicklung an Grenzen stiess. Das Gespräch über mögliche neue politische Formen wurde aber nur zögernd aufgenommen. Gestützt auf Vorstösse aus dem Parlament wurde die Regierung schliesslich aktiv und setzte die sogenannte Strukturkommission ein, die im Jahre 1977 ihren Schlussbericht ablieferte, der in den Vorschlag ausmündete, in unserem Kanton vier Grossregionen zu schaffen und Kleingemeinden zu grösseren Gebilden zu verschmelzen.

Aber es war damals schon die Wende zu spüren. Die Vorschläge der Strukturkommission lagen ausserhalb dessen, was politisch erwünscht war. Sie nahmen zuwenig Rücksicht auf langsam Gewachsenes. Im Verlaufe der Erarbeitung des neuen Planungs- und Baugesetzes flammte

die Diskussion um die politische Regionalisierung nochmals kurz auf, doch fanden die Vorstösse der Sozialdemokraten auf bürgerlicher Seite keinen Widerhall; ja bis von kurzem schien es, dass gewissen Kreisen, denen das Planungs- und Baugesetz zu einschneidend war, auch die bescheidene, aber doch so nützliche Regionalisierung, welche die Regionalplanung in Ansätzen brachte, zu weit geht. Mit dem Rückzug der Volksinitiative für einfachere Planung ist indessen Gewähr geboten, dass das Forum der Regionalgemeinden, eben die Planungsgruppen, in ihrem Bestand nicht angetastet werden. Das zurückgezogene Volksbegehren hat aber doch auch die Grenzen aufgezeigt, die der regionalen Planung unter den herrschenden Verhältnissen gesteckt sind.



14 VOM VEREIN ZUM REGIONALEN PLANUNGSVERBAND

Regionalplanung am Wendepunkt

Als am 14. August 1974 Norbert Ehrat das Präsidium der ZPG an alt Stadtpräsident Hans Ruosch, Kloten, übergab, zeichnete sich der Sinneswandel, der auf dem Gebiet der Regionalplanung eingeleitet wurde, bereits spürbar ab. Es galt den Weg vom Planungsverein zum Zweckverband vorzubereiten und zu vollziehen. Planung musste aus freiwilligem, kooperativem Uebereinkommen in die festen bindenden Normen übergeführt werden, die im Planungs- und Baugesetz fixiert waren. Das solide ausgearbeitete Fundament der vorangegangenen Jahre bildete dazu eine gute Grundlage. Die Regionsgemeinden waren sich in den gemeinsamen Bemühungen nähergekommen; es konnte auch eine Vertrauensbasis geschaffen werden, die sich als sehr tragfähig erwies, wenn auch dann und wann ortsbezogener Egoismus aufflammte.

Im April 1976 zog der Vorstand einen Statutenentwurf in die Diskussion, der von der RZU vorbereitet wurde und sich auf die Erfordernisse des Planungs- und Baugesetzes ausrichtete und damit die Form des Zweckverbandes brachte. Schon anfangs Juli konnte der Vorstand der ZPG die in einem Vernehmlassungsverfahren geäußerten Wünsche der Gemeinden bearbeiten. Bemerkenswert ist, dass der Vorstand die Aufnahme von Bestimmungen über die Einzelinitiative einstimmig ablehnte. Planung eigne sich für dieses Recht nicht, wurde argumentiert. Mögliche Initianten wurden an die Delegierten der ZPG verwiesen, die ja treuhänderische Funktionen auszuüben hätten.

Am 4. Mai 1977 nahm der Vorstand der ZPG erfreut zur Kenntnis, dass die Verbandsgemeinden der neuen Verbandsverordnung praktisch einhellig zugestimmt hatten. Lediglich Wangen-Brüttisellen konnte sich dazu nicht durchringen. Nach Meinung der Gemeindeversammlung sollte das Quorum für Initiative und Referendum von 1'000 auf 500 herabgesetzt werden. Auch der Wahlmodus der Rechnungsprüfungskommission der ZPG befriedigte nicht. Die übrigen Mitgliedsgemeinden zeigten sich allerdings nicht bereit, auf die Wünsche von Wangen-Brüttisellen einzugehen. Gestützt auf ein Wiedererwägungsgesuch des Gemeinderates hatte die Gemeindeversammlung am 4. Oktober 1977 dem Beitritt dann aber doch zugestimmt. Ein Rekurs an den Bezirksrat verhinderte jedoch die Rechtskraft des Beschlusses. Erst am 6. April 1979 konnten darum die Delegierten der Gemeinde Wangen-Brüttisellen im Schosse der ZPG willkommen geheissen werden.

#### Die Neugründung der ZPG

Auf den 6. Juli 1977 wurden die von den Gemeinden bestellten Delegierten, die ihr neues Amt ad personam ausübten, zu einer Orientierungstagung in den "Wallberg" in Volketswil eingeladen, an der sie über den Auftrag der Planungsvereinigungen informiert und auch administrative und personelle Belange bereinigt wurden. Am Tag darauf wurde die Tages- und Lokalpresse über die bevorstehende Gründung orientiert, wobei die "Burg" Maur den stimmungsvollen Rahmen der Pressekonferenz bildete.

Am 16. August 1977 fand im "Zentrum Schluiefweg" in Kloten die Gründungsversammlung unter der Leitung des

bisherigen Präsidenten Hans Ruosch statt. Die Versammlung übte sich gleich in Demokratie, kam es doch bei der Bestellung des Vorstandes zu einer Kampfwahl zwischen den Vorschlägen von Dietlikon und Bassersdorf.

Der siebenköpfige Vorstand setzte sich nach der Wahl wie folgt zusammen:

Hans Ruosch, Stadtpräsident, Kloten;  
Hans Schweizer, Gemeindepräsident, Maur;  
Georges Gross, Stadtrat, Opfikon-Glattbrugg;  
Heinrich Hofacker, Stadtrat, Dübendorf;  
Fritz Kurth, Gemeinderat, Wallisellen;  
Edwin Schmid, Gemeindepräsident, Volketswil;  
Fritz Krebs, Gemeinderat Dietlikon.

Hans Ruosch wurde einstimmig als Präsident gewählt. Die Wahlen der Stimmzähler, der RPK und der Kommission zur Prüfung der Geschäftsordnung erledigte man gemäss der getroffenen Absprachen. Die Gründungsversammlung wurde beschlossen mit einem Referat von Hans Reinhard, Vorsteher des kantonalen Amtes für Raumplanung, über den kantonalen Gesamtplan.

Am 7. September 1978 konnte alsdann Stadtpräsident Hans Benz, Kloten, satzungsgemäss die erste volle Amtsdauer von vier Jahren des Zweckverbandes ZPG eröffnen. Die sorgfältige Vorbereitung der Umstellung von der losen Vereinsform zu den festen Normen des Zweckverbandes zeitigte ihre Früchte. Ohne Anlaufschwierigkeiten konnte der neugeschaffene Planungsverband seine neuen Aufgaben angehen.

### Die Planungsarbeit beginnt

So wie die administrative Umstellung durch einen Ausschuss unter dem Präsidium von Hans Ruosch vorbereitet wurde, befasste sich eine zweite Arbeitsgruppe, die von Hans Schweizer präsidiert wurde, mit den Vorarbeiten für die Planung nach neuem Recht. Am 8. Dezember 1976 beschloss der Vorstand, die ersten Arbeiten zum regionalen Planwerk sofort an die Hand zu nehmen, wobei die Firmen Planpartner AG (Martin Steiger als Planungsleiter), Zürich und Gebrüder Gossweiler, Dübendorf, mit den ersten Arbeiten betraut wurden. Dies geschah noch vor der Umwandlung der Planungsgruppe und in voller Kenntnis, dass der Kanton sich noch nicht in der Lage zeigte, Beiträge auszurichten. Zu vermerken ist, dass die ZPG mit ihrem raschen Entschluss die Baudirektion in einiges Ungemach stürzte, zeigten die Anfragen aus dem Glattal doch, dass in Zürich noch keineswegs alle Probleme geklärt waren. Dies wird unter anderem aus einem Besprechungsprotokoll vom 7. März 1977 mit Vertretern des Amtes für Raumplanung (ARP) deutlich, in dem von der ZPG festgestellt wurde, das Vorgehen des Kantons befriedige nicht. "Man kennt keine Fristen, und man weiss nicht, was recht ist." Nach Meinung der ZPG hätte der Kanton eine gewisse Führungsrolle zu übernehmen, damit die Aussprachen mit den übergeordneten Instanzen nicht wertlos sind. Trotzdem entschlossen sich die leitenden Gremien der ZPG, die Arbeiten weiter voranzutreiben. Nutzlos war jene Besprechung insofern nicht, als erstmals die neuen, reduzierten Zahlen der überarbeiteten Bevölkerungsprognosen bekannt gegeben wurden. Demnach hatte sich die ZPG auf 112'000 bis 123'000 Einwohner auszurichten.

### Weichenstellung im Jahre 1979

Im März 1977 bewilligte der Vorstand einen Kredit von 595'000 Franken für die Durchführung der regionalen Richtplanung, der Ende Oktober von der Delegiertenversammlung sanktioniert wurde. Jetzt zahlte sich die gründliche Arbeit innerhalb der ZPG aus. Anfangs November 1978 und anfangs Januar 1979 erfolgte die Orientierung der Delegierten über die vier Teilrichtpläne, die nach der Detailberatung am 8. März 1979 zuhanden der ersten Vorprüfung durch den Kanton verabschiedet wurden. Am 17. Mai befasste sich eine Vor-Delegiertenversammlung mit den kantonalen Stellungnahmen, welche die Delegierten am 31. Mai offiziell behandelten. Nach einem Differenzbereinigungsverfahren zwischen Kanton und Gemeinden konnte am 20. September die Bereinigung des regionalen Gesamtplanes für das Glattal erfolgen. Schon am 4. Oktober 1979 traten die Delegierten zusammen und verabschiedeten bei zwei Enthaltungen und ohne Gegenstimme den regionalen Gesamtplan für die öffentliche Auflage.

Vom 22. Oktober bis zum 20. Dezember 1979 erfolgte die öffentliche Planaufgabe in den Gemeinden, die jedermann Gelegenheit bot, schriftlich seine Einwendungen einzubringen. Eine Informationszeitung, verteilt in alle Haushaltungen der Region, sollte die Bevölkerung zur Auseinandersetzung mit der Planung ermuntern. Informationsveranstaltungen in jeder Verbandsgemeinde boten darüber hinaus Gelegenheit, an Planer und Behördenmitglieder zu den insgesamt 373 Planfestlegungen direkt Fragen zu stellen.

Insgesamt sind von 557 Institutionen und Privatpersonen 1'003 Einwendungen eingegangen, wobei der Bereich Verkehr klar im Vordergrund stand.

Am 13. März 1980 befasste sich die Delegiertenversammlung mit den Einwendungen und den dazugehörigen Vorprüfungsberichten des Kantons. Vierzehn Tage später waren die Delegierten in der Lage, Pläne und Berichte einstimmig gutzuheissen, verbunden mit der Bitte an den Regierungsrat, den regionalen Gesamtplan, der die Grundlage für die kommunale Richtplanung bildet, so rasch als möglich rechtskräftig festzusetzen.

#### Das Referendum wird ergriffen

Ganz so reibungslos konnten die Anstrengungen jedoch nicht zu Ende geführt werden. 3'086 Stimmberechtigte des Verbandsgebietes verlangten die Urnenabstimmung. Schwerpunkte der Opposition bildeten Volketswil (930 Unterschriften), Dübendorf (95) und Schwerzenbach (24). Die verschiedenen Oppositionsgruppen schlossen sich zur "Vereinigung pro Glattal" zusammen, wobei auch einige SP-Ortssektionen den Plan ablehnten. Die Gründe waren vielfältiger Art, zum Teil im lokalen Bereich begründet. Befürchtet wurde von den Opponenten, soweit nicht lokale oder persönliche Interessen im Vordergrund standen, vor allem dass die Planfestsetzungen nicht geeignet seien, ein übermässiges Wachstum der Region zu verhindern. Auch die vorgesehene Nutzung des Oberhauserriedes stiess auf heftige Ablehnung.

Im fair geführten Abstimmungskampf stand dem Vorstand und den Delegierten ein recht aktives Aktionskomitee

"Pro Regionalplan Glattal" zur Seite, dem Nationalrat Heinz Allenspach, Fällanden, als Präsidentvorstand und dem Gemeindepräsidenten und Behördemitglieder, aber auch Privatpersonen angehörten.

Am 30. November 1980 fand die Urnenabstimmung statt. 62'449 Stimmberechtigte waren aufgerufen, ihre Meinung zu äussern. Eine Mehrheit von 1'909 Stimmbürgern und die Mehrzahl (8 von 13) der Verbandsgemeinden stimmten dem regionalen Gesamtplan zu. Aber selbst jetzt waren noch nicht alle Hindernisse überwunden. Ein Stimmbürger von Bassersdorf reichte beim zuständigen Bezirksrat in Uster einen Rekurs ein, dem der Erfolg aber versagt blieb. Am 23. Dezember 1981 konnte der Regierungsrat den regionalen Gesamtplan festsetzen.

Ganz zufrieden zeigte man sich im Schosse der ZPG nicht, nahm doch der Regierungsrat von seiner Kompetenz zu Aenderungen und Abstrichen regen Gebrauch; darüber hinaus erstreckte er einige Realisierungsfristen, was bei den Delegierten einigen Aerger auslöste. Hans Ruosch hielt denn auch im Jahresbericht wörtlich fest: "Die ZPG hat mit grosser Enttäuschung das regierungsrätliche Festsetzungsprozedere der Baudirektion zur Kenntnis genommen."

Dafür zeitigte die Abrechnung über den Planungsaufwand keine Enttäuschungen. Bei bewilligten Aufwandskosten von 663'857 Franken ergab die Abrechnung Kosten von 663'956 Franken. Daran wurden Subventionen von 370'005 Franken ausgerichtet, was 56 Prozent der Gesamtkosten entspricht.

Die ZPG legte nun aber die Hände nicht in den Schoss. Delegierte und Vorstand waren schon während der Ausarbeitung des Gesamtplanes überzeugt, dass Planen allein keine Früchte trägt, sofern die Pläne nicht auch verwirklicht werden. Deshalb verfasste die Planungsgruppe eine ganze Reihe von Eingaben an die kantonale Baudirektion und deren Amtsstellen mit Realisierungsvorschlägen. Und schon ist auch die Zeit für Planergänzungen gekommen.

\*\*\*\*\*

Die knappe Würdigung der Arbeiten, die hinter dem regionalen Gesamtplan stehen, sagen nichts aus über den gewaltigen Einsatz, den insbesondere die Planer und der Planungsausschuss in diesen wichtigen Jahren zu leisten hatten. Hinter dem Planwerk stehen ungezählte Sitzungen, Besprechungen, Augenscheine und Stösse von Papier, die zu sichten und zu gewichten waren.

Bei allem verständlichen Aerger, der insbesondere durch den Verkehr mit den übergeordneten Stellen verursacht wurde, dürfen Planer, Planungsausschuss und alle übrigen Mitglieder des Vorstandes stolz sein. Mit ihrem unentwegten Bemühen haben sie auf einigen Gebieten Pionierarbeit geleistet, welche die Regionalplanung im Kanton Zürich nicht unwesentlich beeinflusst hat.

Die Arbeiten führten aber auch zu einem engeren Schulterschluss der Glattalgemeinden. Die Region, anfänglich ein eher abstraktes Gebilde, ist zumindest auf Behördenebene eine Realität geworden.



## 15 DIE GRUNDZUEGE DES REGIONALEN GESAMTPLANES

### Zum Nutzen der Bewohner des Glattales

Das kantonale Planungs- und Baugesetz gibt die Vorgabe, die der Planung im Kanton Zürich zugrunde gelegt werden muss. Danach gilt es, die Landschaft und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen; die Siedlung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten; Strassen- und Wegnetze, Parkieranlagen und öffentliche Verkehrsnetze möglichst optimal anzulegen; für die im öffentlichen Interesse liegenden Bauten und Anlagen sachgerechte Standorte zu bestimmen. Die Zürcher Planungsgruppe Glattal hat diese Zielsetzungen - bevor die Planungsaufgabe an die Hand genommen wurde - verfeinert und auf die Bedürfnisse der Region abgestimmt. Nicht allein die Schaffung guter räumlicher Verhältnisse für den Menschen und die Umwelt stand im Vordergrund. Aus vertrauter Kenntnis der Region und aus bereits langjährigen Planungserfahrungen bemühten sich die verantwortlichen Gremien, die ideellen Grundsätze nicht den Sachzwängen zu unterordnen.

### Kampf den Immissionen

Eine vom Kanton in Auftrag gegebene Studie über Umweltbelastung und Lebensqualität im Kanton Zürich zeigt eindeutig auf, dass das Glattal zusammen mit dem Furttal und dem Limmattal im kantonalen Vergleich sehr stark belastet ist. Die Bekämpfung der Immission wurde deshalb zu einem wichtigen Anliegen des regionalen Gesamtplanes. Die Arbeiten wurden denn auch begleitet von einer Lärmstudie, die Behörden und Privaten recht detailliert Aufschluss gibt über die Lärm-

situation im Glattal. Der Bericht soll über den Tag hinaus unter anderem als "Eichmass" für Entscheide über Verkehrsführungen und Strassenbauten dienen. Lärmbekämpfung wurde als Konsequenz der Untersuchungen zu einer technischen und politischen Aufgabe nicht nur der Region erklärt. Bund und Kanton wurden aufgefordert, der Planungsgruppe Glattal die nötige Unterstützung zu leihen.

### Grösster Arbeitsmarkt der Schweiz

Geprägt wurde die Arbeit am regionalen Gesamtplan nicht nur von der bestehenden Siedlungsstruktur, sondern ebenso sehr vom Arbeitsmarkt, wobei das an die Region angrenzende Wirtschaftsgebiet von Zürich-Nord berücksichtigt werden musste. Zurzeit der Planerarbeit lebten im Glattal rund 100'000 Einwohner, von denen 49'000 berufstätig waren. Angeboten wurden rund 40'000 Arbeitsplätze. Die Nordquartiere der Stadt Zürich wiesen weitere 90'000 Einwohner, 48'000 Berufstätige und 40'000 Arbeitsplätze auf. Die ZPG erachtete es als eines ihrer Ziele, die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit für die Berufstätigen der Region und der Zürcher Nordquartiere der gesamte Arbeitsmarkt gut erreichbar wird. Dies bedeute, erklärte Martin Steiger als ZPG-Planer anlässlich einer Pressekonferenz, welche der Vorstellung des Entwurfes des regionalen Gesamtplanes diene, "dass die Arbeitsplatzschwerpunkte, das heisst die Zentrums- und Industriegebiete gut mit den Wohngebieten verbunden werden müssen und dass durch öffentliche Verkehrsmittel gut erschlossene Arbeitsplatzgebiete so organisiert werden, dass sich Betriebe mit vielen Arbeitsplätzen an-

siedeln". Steiger visierte mit diesen Ausführungen nicht zuletzt das Oberhauserried an, die grösste Industrielandreserve der Region. Er relativierte insofern, als er schon damals deutlich machte, dass der regionale Gesamtplan allein das angestrebte Ziel einer guten Verbindung von Wohn- und Arbeitsplätzen im Glattal nicht zu verwirklichen vermöge. "Dazu braucht es ein zielkonformes staatliches Handeln auf allen Ebenen, nicht nur im Bereich der Raumplanung."

#### Verzicht auf regionale Zentren

Zu den Besonderheiten des regionalen Gesamtplanes des Glattales gehört es, dass auf die Ausscheidung regionaler Zentren verzichtet wurde, obschon verschiedene Ansätze zur Zentrumsbildung nicht zu übersehen sind. Dies gilt für Kloten und Dübendorf wie auch für das Einkaufszentrum Glatt. Gemeinsam ist diesen Orten aber, dass sie nicht alle Ansprüche, die an ein regionales Zentrum in wirtschaftlicher und kultureller Sicht gestellt werden müssen, zu erfüllen vermögen.

Das Problem wurde innerhalb des Vorstandes wie auch im Kreis der Delegierten und Gemeindebehörden intensiv diskutiert. Eine Diskussionsveranstaltung galt dem Thema "Haben die Gemeindezentren im Glattal eine Zukunft?". Verschiedentlich wurden Befürchtungen geäußert, dass die kommunalen Zentren in ihrer Entwicklung stagnieren und im Konkurrenzkampf mit den Einkaufszentren ins Hintertreffen geraten. Im Interesse daran, dass die örtliche Versorgung gesichert werden muss und die kulturellen Aktivitäten in allen Ortszentren Förderung verdienen, verzichteten die Delegierten auf die

Festlegung regionaler Zentren, nicht zuletzt im Bewusstsein, dass für den oberen Regionalteil auch Uster als gewachsenes Regionalzentrum über eine Anziehungskraft ins Glattal verfügt und andererseits Oerlikon eine gewisse Magnetwirkung ins Glattal und ins Unterland besitzt.

### Wohnen im Glattal

Schon alt Ständerat Emil Klöti hat anlässlich der Gründungsversammlung der ZPG darauf hingewiesen, dass es zu den wichtigen Aufgaben der Planung gehöre, dass zwischen die Siedlungen genügend grosse grüne Trenngürtel gelegt werden. Eindeutiges Ziel des regionalen Gesamtplanes ist es denn auch, die Entstehung einer ungliederten Bandstadt zu verhindern. Wo immer möglich, sollen ebenso die alten Dorfkerne erhalten bleiben, gewissermassen als Kristallisationspunkte des Bürgersinnes. "Es gibt im Grunde im Glattal keine wichtigen und weniger wichtigen Ortskerne, auch die kunsthistorisch-architektonisch vielleicht weniger wertvollen oder die durch die eindringende moderne Bebauung beschädigten Dorfkerne müssen als Orte der Identifikation der Bewohner mit ihrem Dorf erhalten und gepflegt werden", erklärte Martin Steiger als Planer bei der Vorstellung des Planwerkes. Diese Überlegungen führten denn auch dazu, dass eine wesentlich grössere Zahl von Dorfkerne regionale Bedeutung zugesprochen erhielten, als sich der Kanton ursprünglich vorstellte. Im übrigen aber hat die ZPG den Gemeinden, ausgehend von den baulichen Gegebenheiten, einen möglichst grossen Freiraum für die eigene Gestaltung offengelassen.

### Vom Verkehr geprägt

Das Glattal ist vom Luft- und vom Strassenverkehr gleichsam geprägt. Die Nationalstrassen N1 und N2 wie auch die kantonale Hochleistungsstrasse von Brüttisellen nach Uster legen Zäsuren in die Landschaft, dieweil die Kampfflugzeuge der Armee und die grossen, weltverbindenden Verkehrsflugzeuge am Föhnhimmel ihre Kondensspuren hinterlassen. Damit hat die Region zu leben.

Ziel des Verkehrsplanes ist es, den Verkehr zu bündeln und von den Wohnquartieren fernzuhalten. Aus diesen Bestrebungen entstand ein weitmaschiges Regionalstrassennetz, das den mutmasslichen Belastungen gerade noch zu genügen vermag.

\*\*\*\*\*

An den Gemeinden liegt es, jetzt den Rahmen, der von der Region vorgegeben ist, auszufüllen und dem, was auf Plänen und in Berichten festgehalten ist, Leben einzuhauchen. Die Region soll, wie dies alt Ständerat Klöti in fast visionärer Sicht skizzierte, zur engeren Heimat werden, "die so ausgestaltet werden soll, dass die kommenden Generationen nicht nur ihre Heimatgemeinde, sondern auch ihrem Glattal anhänglich werden und es in ihre Heimatliebe einschliessen".

16 EIN BUNTER STRAUSS VON SACHPLANUNGEN

Vom Grünraum bis zur Energie

Die Zürcher Planungsgruppe Glattal hat sich nie darauf beschränkt, lediglich die ihr vom Gesetz übertragenen Aufgaben zu lösen. Dies hätte ihrem Selbstverständnis als Dienstleistungsorganisation gegenüber den Gemeinden und Mittlerin zum Kanton widersprochen. So hat denn die ZPG verschiedentlich Pionierarbeit geleistet. Sie musste allerdings auch erfahren, dass ihrem Wirken Grenzen gesetzt sind. Dass sich die ZPG von allem Anfang an sehr weitsichtig zeigte, lässt sich aus der Tatsache ablesen, dass schon 1958 beschlossen wurde, eine Grünzonenplanung in Auftrag zu geben.

Während der Jahre intensiver Arbeit an der Strassenplanung und am Gesamtplan blieb wenig Zeit für weitere Aktivitäten übrig. In der Mitte der 60er Jahre befasst man sich mit der Planung eines Busnetzes im Glattal, Studien, die in der Folge von der sogenannten "Busbrücke" abgelöst worden sind.

1969 wurde ein Kredit von 10'000 Franken für eine Bäderplanung in der Region bewilligt. Der Bericht lag schon ein Jahr später vor. Eine Steuerungsfunktion vermochte diese Planung jedoch leider nie zu übernehmen.

Für das Studium des Problems von Altersunterkünften wurde 1970 ein Betrag von 10'000 Franken freigegeben. Die Ergebnisse leisteten den Gemeinden für die eigene Planung wertvolle Hilfe.

### Eine Erholungsplanung

Am 22. November 1972 bewilligte die Mitgliederversammlung ein Kreditbegehren des Vorstandes von über 30'000 Franken zur Einleitung einer Planung der Erholungseinrichtungen sowie die Nutzung der nicht zu überbauen- den Gebiete im Glattal. Die Arbeiten führten zu konkreten Ergebnissen, zum Beispiel in den Vorschlägen zur Gestaltung des Erholungsgebietes Hardwald. Schon damals wurde aber auch auf die Schwierigkeiten der Landwirtschaft im Baugebiet aufmerksam gemacht. Wichtigstes Ergebnis war aber wohl der Bericht über die Fuss-, Rad- und Reitwegplanung. Von diesem Bericht nahm die Mitgliederversammlung am 14. Mai 1976 nicht nur in zustimmendem Sinne Kenntnis. Den Mitglieder- gemeinden beantragte man ihrerseits das Konzept aus lokaler Sicht zu prüfen und zu genehmigen. Vor allem aber wurden die Gemeinden eingeladen, dieses Wegnetz in den Jahren 1975 bis 1978 auf eigene Kosten zu realisieren.

### Ein regionales Investitionsprogramm

Ein ehrgeiziges Unterfangen wurde - ebenfalls am 22. November 1972 - mit einer regionalen Investitions- und Finanzplanung eingeleitet. Am 27. November 1975 konnte der Mitgliederversammlung ein Zwischenbericht vorgelegt werden, der nicht ganz kritiklos hingenommen wurde. Ziel der Planung sollte es sein, die Investitionen in der Region so einzusetzen, dass alle Gemeinden daraus den grösstmöglichen Nutzen ziehen können und keine Gemeinde durch Investitionen eines Nachbarn oder einer übergeordneten Behörde zeitlich oder finanziell in eine

Zwangslage versetzt wird. Neben einer sinnvollen Investitions- und Finanzkoordination wurde aber auch der Wunsch nach einem einheitlichen Schema für die kommunale Finanzplanung im Glattal geäussert. Dies sollte in Zusammenarbeit mit dem Kanton erfolgen, der seinerseits gewisse Vorarbeiten auf dem Gebiet der Finanzplanung eingeleitet hatte. Es wurde aber auch die Frage eines kantonalen Lastenausgleichs aufgeworfen. Noch während zweier Jahre befassten sich Vorstand und die eingesetzte Arbeitsgruppe mit den vielschichtigen Problemen. Mit dem Beginn der neuen Aera in der Regionalplanung des Kantons Zürich wurde es indessen um die Investitions- und Finanzplanung still. Aus dem Geschäftsbericht 1977 ist noch zu entnehmen, dass die Arbeitsgruppe, die im Berichtsjahr keine Sitzung durchgeführt hatte, ergänzt worden ist. Damit erschien dieses Geschäft letztmals in einem Bericht.

#### Wichtige Vertiefungsstudien

Im Zuge der Arbeiten am Gesamtplan zeigte sich bald einmal, dass der Zeitdruck es nicht erlaubte, einzelne Teilgebiete mit der wünschbaren Intensität zu beackern. So entschloss sich denn die ZPG, Vertiefungsstudien in Auftrag zu geben. Deren vier, die nachstehend kurz vorgestellt werden, wurden realisiert.

#### Verzicht auf regionale Zentren

Gemäss einer Studie wies die Region Glattal Ende 1975 die stärkste Ballung von Einkaufszentren in der ganzen Schweiz auf, wobei das Glatt die dominierende Rolle spielte. Die ZPG erkannte, dass die weitere Ent-



wicklung auf diesem Gebiet für die Mitgliedgemeinden von entscheidender Bedeutung sein musste. Die Vertiefungsstudie Zentrum und ein Hearing zur Frage der Zentrumsförderung im Glattal und zur Bezeichnung von regionalen Zentren im Gesamtplan führten schliesslich zum Entscheid, auf Zentrumsgebiete zu verzichten und statt dessen die Gemeinden anzuhalten, die eigenen gewachsenen oder neuzuschaffenden Ortskerne zu fördern. Der Massnahmenkatalog, der diese Bestrebungen fördern sollte, hat heute noch Gültigkeit. Dass sich ein finanzkräftiges Unternehmertum den Erkenntnissen nicht anschloss, ist wohl bedauerlich, doch müssen die getroffenen Entscheide, auch wenn sie einer klaren Zielsetzung widersprechen, im Rahmen der Handels- und Gewerbefreiheit anerkannt werden.

#### Kampf dem Lärm

Lärm, eines der Hauptprobleme des Glattales, sollte in der regionalen Richtplanung nicht unberücksichtigt bleiben. Deshalb wurde der Auftrag für die Vertiefungsstudie Lärm erteilt, an der ein Kreis von Fachexperten mitarbeitete. Die Lärmbekämpfung bilde im Glattal eine technische und politische Daueraufgabe, wurde in der Einleitung zum Bericht festgehalten und zudem präzisiert, dass es nicht nur der Fluglärm der beiden Flugplätze, sondern auch der Autolärm ist, der die Wohnqualität einer sehr grossen Zahl von Glattalbewohnern stark beeinträchtigt. Erste Priorität weist die Studie der Verminderung des Verkehrslärms zu, wobei das Hauptgewicht auf eine Entlastung eines grossen Teils des Siedlungsgebietes vom Durch-

gangsverkehr gelegt wurde unter Berücksichtigung zusätzlicher flankierender Massnahmen.

#### Förderung des öffentlichen Verkehrs

Der Förderung des öffentlichen Verkehrs hat die Zürcher Planungsgruppe Glattal immer ein grosses Augenmerk geschenkt, auch wenn die bereits erwähnte Planung eines regionalen Busnetzes keine Sofortwirkung zeitigte. Im Zuge der Planung nach neuem Recht wurde aus dem Wissen um die grossen Verkehrsströme in der Region eine Vertiefungsstudie zur Förderung des öffentlichen Verkehrs erarbeitet. "Es wäre wünschenswert", lesen wir im letzten Kapitel der Studie, "wenn im Glattal mit seinen vielen Einwohnern und Arbeitsplätzen das Problem eines integrierten Betriebskonzeptes von Bahn, Regionalbus, Gemeindebus, Bedarfsbus und Taxi bearbeitet würde. Dies könnte eine sinnvolle zusätzliche Aufgabe der neu gebildeten regionalen Verkehrsbetriebe sein." Dass die ZPG der Gründung der regionalen Verkehrsbetriebe zu Gevatter stand, war selbstverständlich.

#### Fragen um die Energie

Lange bevor der Kanton das Energiegesetz erliess, das eine Energieplanung vorsieht, beschäftigte sich die ZPG mit der Energie. Auf Vorstudien aufbauend, wurde eine Strategie der Verminderung des Energieverbrauchs formuliert, bei der die importierten, nicht erneuerbaren und hochwertigen Energieträger geschont und die einheimische oder direkt am Ort vorhandenen, niederwertigen Ressourcen vor allem der Substitutionsenergie im Bereich der Raumheizung und Warmwassererzeugung eingesetzt werden. Drei wesentliche Schritte für

die nächsten zwanzig Jahre wurden formuliert. Sie lauten: Kompensation des Verbrauchszuwachses durch aktive Sparmassnahmen; Erhöhung der regionalen Autonomie durch Nutzung einheimischer und direkt erneuerbarer Energieressourcen und die systematische Auslastung der bestehenden Infrastrukturen durch verbessertes Konsumverhalten und Tarife. Darüber hinaus wurde eine Verschärfung der Rechtsmittel zur Förderung des energiegerechten Bauens vorgeschlagen und offensive Beratungsstellen für Bauwillige gefordert. Die Vorschläge haben auch heute ihre Berechtigung.

Zu vermerken ist, dass alle vier Vertiefungsstudien im Jahre 1979 verabschiedet wurden.

#### Der Informationsplan

Nicht zu Ende geführt werden konnte der regionale Informationsplan, weil dazu die notwendigen Mittel fehlten. Er sollte dazu dienen, die Vielzahl von Planungstatbeständen, die nicht direkt in den regionalen Gesamtplan eingeflossen sind, für eine allfällige spätere Verwendung festzuhalten. Es war Neuland, das die Region beschreiten wollte. Die anvisierte Methode entsprach dem Vorgehen, das heute, gestützt auf das eidgenössische Raumplanungsgesetz, gesamtschweizerische Anwendung im Rahmen der Richtplanung gefunden hat.

17 DIE SPITAL- UND KRANKENHEIMPLANUNG IN DER REGION

Ein ständiges Auf und Ab

Viel Energie, viel Zeit und viel Papier ist in der Spital- und Krankenheimplanung in der Region Glattal investiert worden. Als am 11. September 1958 (!) die Gemeinde Rümlang das Problem eines Kreisspitals in der Katzenrüti an den Vorstand der ZPG herantrug, dachte wohl niemand, dass 25 Jahre später die Spitalstruktur der Region Glattal praktisch unverändert sein würde. Es widerspiegelt sich aus den Protokollen und Beschlüssen mehr als nur der Wandel der Rahmenbedingungen der Planung; es werden, nimmt man sich Zeit zu einer gründlichen Analyse, Veränderungen in weitgefächertem Rahmen sichtbar, hervorgerufen durch medizinische und behandlungsbedingte Fortschritte, neue Behandlungstherapien, Spezialisierungen, aber auch durch Umstände, wie neue Planungshorizonte, Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung, der nach neuen Bedürfnissen ruft und vor allem aber durch neue Versorgungskonzepte, die sich vermehrt am kranken und alten Menschen orientieren. Das Beispiel der Spitalplanung im Glattal macht aber auch darauf aufmerksam, wie schwerfällig zentrale Strukturen, die im Bereich der medizinischen Planung sicher nötig sind, zu beeinflussen sind. Dass schliesslich auch der Gedanke der Solidarität unter den Gemeinden eine wichtige Rolle spielt, war und ist bei der Krankenhausplanung der ZPG hautnah zu erleben. Letztlich ist um der Gerechtigkeit willen festzuhalten, dass die

Schwerfälligkeit, welche den Beteiligten oft zu schaffen machte, vor Fehlplanungen bewahrte.

Nun zurück zu den vielen zahlreichen Planungsschritten, die sich mit der Spitalplanung befassten. Im Vorstandsprotokoll vom 28. Oktober 1959 wird festgehalten, es bestehe ein grosser Mangel an Spitalbauten, der nur durch den Bau neuer Krankenhäuser behoben werden könne. Zu jener Zeit stand das Zürcher Stadtspital Triemli im Projektierungsstadium. Zu erfahren ist aus dem Protokoll im weiteren, dass die Stadt Zürich im Glattal ein weiteres Spital plane, das in etwa fünfzehn Jahren bereitstehen sollte. Ins Auge gefasst wurde für den Standort ein Gebiet zwischen Wallisellen und Opfikon. Die ZPG hatte schon zuvor ihr Interesse an einer Beteiligung angemeldet.

Im Dezember 1960 schien trotz der inzwischen erfolgten Standortwahl die Begeisterung innerhalb der ZPG nicht mehr allzugross gewesen zu sein. Es wurde zwar die Ansicht geäussert, die Stadt Zürich solle der Gemeinde Opfikon das Geld für den Landkauf vorschliessen, gleichzeitig wurde aber auch auf die politischen Schwierigkeiten hingewiesen, die zu überwinden wären, um den Stadtzürcher Stimmbürgern einen Spitalstandort ausserhalb der Stadtgrenzen schmackhaft zu machen.

Um dieses städtische Spital ausserhalb der Stadtgrenzen ist es bald ruhig geworden. 1963 traf jedoch eine Anfrage der Spitalkommission Bülach ein mit der Bitte, die Planungsgruppe Glattal möchte sich mit der Spitalplanung befassen, da Bülach vor dem Problem des Ausbaues des Bezirksspitals stand. Im Geschäftsbericht

1963/64 bemerkte Präsident Ehrat denn auch, die spitalmässige Versorgung der Region stelle auf lange Sicht "ein im wahren Sinne des Wortes lebenswichtiges Problem" dar, das die Gruppe in den kommenden Jahren in vermehrtem Masse beschäftigen dürfte. Doch blieb es dann erstaunlicherweise lange Zeit ruhig. Unter dem 16. November 1966 ist zu erfahren, dass der Klotener Gemeindepräsident Hans Ruosch die Planungsgruppe ersucht habe, sich mit der Bülacher Spitalplanung zu befassen. Es wurde in der Folge mit Kantonsarzt Dr. Büchel Verbindung aufgenommen, der es dann aber erst einmal ablehnte, vor den Gemeindevertretern eine Uebersicht über den Stand der Spitalplanung zu vermitteln. Er tat dies am 24. Mai 1967 dann aber doch. Seinem Referat war zu entnehmen, dass das Bülacher Spital von 155 auf 397 Betten erweitert werden sollte, was mit Kosten von rund 37 Millionen Franken verbunden sei. An der Mitgliederversammlung wurde vom damaligen Dübendorfer Gemeindepräsident Otto Aeberli darauf aufmerksam gemacht, dass auch in Uster die Platzverhältnisse prekär seien.

#### Erster Planungskredit

Für den Vorstand wurde die Aussprache anlässlich der Delegiertenversammlung zum Signal, sich intensiv mit der Krankenhausplanung auseinanderzusetzen, umso mehr, als in der Zwischenzeit auch Opfikon das Begehren um Einleitung von Vorarbeiten für eine Spitalplanung stellte. Am 13. Mai 1968 bewilligte der Vorstand aus dem allgemeinen Planungskredit einen Beitrag von 10'000 Franken zur Vorbereitung der Planungsarbei-

ten. Das Büro Steiger wurde beauftragt, in Verbindung mit der Gesundheitsdirektion und den bestehenden Zweckverbänden die nötigen Voruntersuchungen für die Standortwahl vorzunehmen. Der Vorstand hatte jedoch auch klar erkannt, dass angesichts der wachsenden Bevölkerung die Bedürfnisse nach Betten für Chronischkranke und für pflegebedürftige Betagte mituntersucht werden muss. Das Planungsbüro legte seiner Planung eine Verdoppelung der Bevölkerungszahl zwischen 1965 bis 1980 zugrunde. 1970 wurde der Kredit von der Mitgliederversammlung um 20'000 Franken erhöht.

Im Juli 1969 legte das Planungsbüro Steiger einen umfassenden Bericht zur Spitalplanung vor. Die Planer kamen zum Schluss, es sei bis 1980 im mittleren Glattal ein Spital bereitzustellen mit einer ersten Ausbaustufe mit 260 Betten. Als geeignetes Gebiet für einen neuen Spital wurde in erster Linie die Gegend zwischen Wallisellen und Dietlikon, nördlich der Bahnlinie Zürich-Winterthur, vorgeschlagen, wo das Krankenhaus nun auch realisiert werden soll. Aus der Besprechung mit dem damaligen Gesundheitsdirektor, Regierungsrat Urs Bürgi, ging hervor, dass das Bezirksspital Uster keine Patienten aus dem Glattal aufnehmen könne; damit war der Einzugsbereich für die weiteren Planungsabschnitte gegeben.

#### Auftrag zum Landerwerb

Im Juni 1974 beschloss der Vorstand, die Gemeinden Wallisellen, Dietlikon und Dübendorf zu ersuchen, das für die Spitalbauten erforderliche Land zu er-

werben. Auch wurden Vorarbeiten für die Gründung eines Zweckverbandes für ein Spital mittleres Glattal eingeleitet.

Der Verkehr mit dem Kanton erwies sich in der Folge eher etwas mühsam, wohl nicht zuletzt auch durch die Ablösung von Kantonsarzt Dr. Büchel durch Dr. Spengler. Der Walliseller Gemeindepräsident Hans Glättli hatte in der Zwischenzeit die Initiative ergriffen und Vertreter des zukünftigen Zweckverbandes, der Gesundheitsdirektion und den Präsidenten der Vereinigung der Zürcher Landspitäler zu einer Besichtigung von Standorten für das neue Spital eingeladen.

#### Kanton ändert Konzept

Es gab dabei einige Ueberraschungen. Der Kanton hatte in der Zwischenzeit die Konzeption für das Glattalspital geändert. Die Gesundheitsdirektion beabsichtigte, gewisse Funktionen des Kantonsspitals ins neue Spital Glattal zu verlegen. Auch das Einzugsgebiet änderte man. In jedem Fall wurde der Bericht der ZPG hinfällig. Daran änderte nichts, dass der Vorstand beim Amt für Regionalplanung intervenierte und darauf aufmerksam machte, dass der in Aussicht genommene Standort im Gesamtplan nicht für eine Ueberbauung vorgesehen war.

Am 22. August 1972 stellt der Vorstand fest: "Die Verwirrung ist total!" Die ZPG zeigte sich nicht mehr bereit, Kosten für weitere Studien zu übernehmen. Mit dieser resignierenden Feststellung verschwindet das Traktandum Spitalplanung für lange Zeit aus den Vorstandsprotokollen.



### Vorarbeit für Zweckverband

Doch die von der ZPG bestellte Arbeitsgruppe mit Vertretern der vorgesehenen Zweckverbandsgemeinden arbeiteten weiter. Hans Glättli hatte den Vorsitz an den Bassersdorfer Gemeindepräsidenten Alfred Weidmann abgetreten. Die Arbeit mündete aus in eine Zweckverbandsvereinbarung und einen Kreditantrag über zehn Millionen Franken an die Stimmbürger für die Erarbeitung eines Raumprogrammes und eines generellen Projektes sowie für den Landerwerb.

Vorerst galt es aber noch das Einzugsgebiet zu bereinigen. Illnau-Effretikon und Lindau, die vom Kanton vorerst zum neuen Verband zugewiesen wurden, sind in der Folge wieder entlassen worden. So ergab sich denn ein Zweckverband aus den Gemeinden Bassersdorf, Dietlikon, Dübendorf, Kloten, Nürensdorf, Opfikon, Wangen und Wallisellen.

In der Weisung zur Abstimmungsvorlage, die nie vor die Stimmbürger kam, lesen wir, das zusätzliche Spital im mittleren Glattal sei für die erste Etappe auf 260 Betten angelegt, der Endausbau sollte bei 400 Betten liegen. Zum Standort heisst es: "Die Gemeindevertreter haben eindeutig erkannt, dass die Region Bassersdorf, das heisst das zwischen der Dietlikonerstrasse und Baltenswilerstrasse gelegene Land, heute noch die einzige Landreserve in der Region darstellt, welche ein Spital von der genannten Grösse aufnehmen kann und zugleich über optimale Zugangsverhältnisse verfügt. Der Kanton will sich das Kreisspital zunutze machen und ihm einzelne Ab-

teilungen des Kantonsspitals zugliedern. Dieses Zusammenwirken dürfte sich für das Kreisspital und vor allem für die Kranken unserer Region recht vorteilhaft auswirken." Optimistisch heisst es schliesslich: "In Anbetracht der Aufgeschlossenheit der Bevölkerung für Spitalbauten zweifelt die Kommission nicht, dass die Stimmberechtigten den erforderlichen Kredit bewilligen."

Dem Geschäftsbericht 1977 ist dann aber zu entnehmen, dass die vom Vorstand eingesetzte Dreier-Arbeitsgruppe zur Bearbeitung von Fragen nie zusammengetreten ist. Im April 1978 teilte die kantonale Gesundheitsdirektion mit, dass Bassersdorf nicht mehr als Krankenheimregion geführt wird.

#### Auf dem schwierigen Weg zu Chronischkrankenheimen

Dem Ueberschuss an Akutbetten steht heute ein Mangel an Pflegebetten, insbesondere für Betagte, gegenüber. Die ZPG nahm sich diesem Problem trotz der Rückschläge und des Ungemachs der Spitalplanung intensiv an. Ausgewiesen ist der Bedarf für zwei Krankenhäuser. Ein erster Standort wurde von einer Delegiertenversammlung im "Rotacker" in Dietlikon am 29. Januar 1981 festgelegt. Dies wurde verbunden mit der Wunsche der oberen Regionsgemeinden, dass in einer späteren Phase die Möglichkeit eines Heimes in ihrem Einzugsbereich untersucht wird. Der Standort für ein weiteres Heim wird zurzeit in Kloten abgeklärt.

Das Heim in Dietlikon soll durch den Spitalverband Uster gebaut und betrieben werden. Die beteiligten Gemeinden haben den Verträgen zugestimmt.

## 18 SCHIESSPLATZPLANUNG MIT STAATSPOLITISCHEM

### HINTERGRUND

An der Vorstandssitzung vom 23. April 1969 befasste sich der Vorstand der ZPG erstmals mit der Schiessplatzplanung. Niemand hätte damals wohl geglaubt, dass das Problem im Jubiläumsjahr im Bereich von Bassersdorf, Nürensdorf, Wallisellen und Dietlikon noch immer ungelöst sein würde. Interessant ist festzustellen, wie sich die ZPG nicht nur der rein planerisch-technischen Belange annahm, sondern dem Aufgabenkreis mit dem Einbezug von Ueberlegungen über die künftige ausserdienstliche Schiess-tätigkeit eine staatspolitische Dimension gab.

Am 1. Juli 1970 schrieb Norbert Ehrat im Geschäftsbericht: "Noch hat jede Gemeinde ihren eigenen Schiessplatz. Die Zusammenlegung einzelner Plätze drängt sich jedoch auf und muss geprüft werden." Ein Jahr danach war zu vernehmen, die Schiessplatzplanung sei mit einem ersten einlässlichen Bericht vorläufig zu Ende geführt worden. Präsident Ehrat knüpfte an den Bericht folgende im Wortlaut wiedergegebene Ueberlegungen an: " Wie sehr sich seit der Einführung des ausserdienstlichen Schiesswesens die Verhältnisse geändert haben, zeigt sich an der Notwendigkeit, die Lärmimmissionen zusammenzufassen und die Schiessplätze daher so zu plazieren, dass weder ausgesprochene Erholungsgebiete noch die Wohngebiete in untragbarer Weise in Mitleidenschaft gezogen werden.

Gibt man sich Rechenschaft darüber, dass diese Probleme in der Region mittleres Glattal stellvertretend für die ganze Region aller städtischen Agglomerationen in unserem Lande stehen, und hält man sich den Kostenaufwand vor Augen, den eine befriedigende Gesamtlösung des Problems zwangsläufig mit sich bringt, so stellen sich Fragen, die weder auf regionaler noch auf kantonaler Ebene gelöst werden können: Fragen, die Sinn und Zweck der ausserdienstlichen Schiessfähigkeit berühren, Fragen, die Aufwand und Nutzeffekt betreffen und die letztlich einer Ueberprüfung der entsprechenden Bestimmungen der Militärorganisation rufen.

Diese Fragestellung rührt an wertvollen Traditionen, und es zeigt sich hier einmal mehr mit erschreckender Deutlichkeit, dass die unbedenkliche Bereitschaft; mit Traditionen zu leben, nicht nur hohe Kosten verursacht, sondern auch Entwicklungen übersieht, die mit der Wandlung zur hoch industrialisierten Gesellschaft zwangsläufig verbunden sind."

In den weiteren Ausführungen wird die vorbehaltlose Bereitschaft der Männer in den Schiessvereinen gewürdigt, welche durch ihre selbstlose Arbeit das ausserdienstliche Schiesswesen und damit gleichzeitig vaterländisches Gedankengut hochhalten. Es müsse daher jedem, der es mit der Wehrbereitschaft ernst meine und auch die sich wandelnden Voraussetzungen nicht nur in Staat und Gesellschaft, sondern auch des Wehrwesens sehe, schwer fallen, im ausserdienstlichen Schiesswesen andere unkonventionelle Wege neu aufzuzeigen, vorzuschlagen und durchzusetzen, lesen wir weiter.

Der Präsident erkannte aber auch, es könne sich beim Bemühen der ZPG um die Schiessplatzplanung bei aller Einsicht in die Bedingtheit der Voraussetzungen nur um den Versuch handeln, Möglichkeiten einer Lösung unter den heutigen Gegebenheiten aufzuzeigen. "So ist die Arbeit der Planer einmal mehr das, was sie sein soll: Eine Vorbereitung von Entscheidungen, die von den politischen Verantwortlichen zu fällen sind."

Galten die Bemühungen vorerst dem Bereich des mittleren Glattales, so bot die ZPG dem Gemeinderat von Dübendorf am 16. Juni 1973 ihre Dienste zur Verwirklichung einer Gemeinschaftsanlage an. Zur selben Zeit lehnte Volketswil den Bau einer regionalen Schiessanlage in Hegnau ab. Am 2. Mai 1974 beschloss der Vorstand, die Schiessplatzplanung für einen Teil des oberen Glattales ohne neue Begehren der Gemeinden nicht mehr weiter zu verfolgen. Es wurde aber ausdrücklich festgestellt, dass die Gefahr besteht, dass durch den Lauf der Dinge ein späterer Ausbau der Schiessplätze zu regionalen Anlagen ohne die schützenden Vorkehrungen unmöglich sein wird, weil die Ausbaustandorte dazumal nicht mehr verfügbar sein werden. Dagegen ist in Bassersdorf eine Arbeitsgruppe bestellt worden, die abklärte, ob sich eine gemeinsame Anlage für die Gemeinden Bassersdorf, Nürensdorf, Kloten, Dietlikon und eventuell auch für Opfikon erstellen lässt.

Leicht resigniert stellte Ehrat in seinem letzten Geschäftsbericht fest, dass konkrete Vorschläge für den oberen Teil des Gruppengebietes zu Grabe getragen werden mussten. "Mit Eindringlichkeit wurde hier der

Nachweis dafür geleistet, dass der Grundgedanke der Regionalplanung in der heutigen Form, nämlich die freiwillige Mitarbeit zur Gewinnung konkreter Ergebnisse unter Hintanstellung gefühlsmässig motivierter kommunaler Interessen, dass dieser Grundgedanke noch recht wenig Boden gefasst hat."

#### Das Bemühen um den Gubel

Die Bemühungen im Raume Bassersdorf zeitigen jedoch erfreuliche Resultate. 1977 konnte der Zweckverband für eine Schiessplatzanlage im Gubel, dem ausgebeuteten Kiesgrubengebiet ob Bassersdorf, gegründet werden. Opfikon und Kloten, die anfänglich Interesse am Mittun zeigten und sich bereit erklärten, vorerst an die Grundstückskosten ebenfalls einen Teil zu zahlen, stiegen dann jedoch aus, so dass Bassersdorf, Nürensdorf, Dietlikon und Wallisellen verblieben. Die Statuten wurden in allen Gemeinden genehmigt, später dann auch die Gemeindeanteile an die Baukosten.

Doch dann nahm das Unheil seinen Anfang. Es zeigte sich, dass man buchstäblich im Begriffe stand, auf Schlamm zu bauen, nämlich auf einem aufgefüllten Schlammsee. Die Anlage musste umprojektiert werden. Die höheren Kosten wurden von Nürensdorf, Dietlikon und Wallisellen anstandslos bewilligt; nur Bassersdorf zeigt sich auf einmal widerspenstig. Hier wurde, nicht wie in anderen Gemeinden ein Ergänzungskredit, sondern nochmals eine neue Kreditvorlage unterbreitet, die nach heftigem Abstimmungskampf - befürchtet wurden vor allem Lärmimmissionen - bachab geschickt wurde. Damit hatte auch der Zweckverband sei-

ne Existenz verloren. Die drei anderen Verbandsgemeinden fochten diese Feststellung von Bassersdorf bis vor Bundesgericht an, erfolglos, wie es sich im Jahre 1983 endlich zeigen sollte. Heute, fast zehn Jahre nach Aufnahme der konkreten Studien und Planungsvorbereitungen haben die Gemeinden Gespräche mit der Stadt Kloten aufgenommen, um einen möglichen Anschluss an die Schiessanlage Bettensee zu prüfen. Wallisellen scheint auf dem Weg zu einer eigenen Anlage zu sein. Den Schützen von Dietlikon wird die Tür offengehalten.

19 DAS OBERHAUSERRIED - INDUSTRIELANDRESERVE

VON UEBERREGIONALER BEDEUTUNG

Das Oberhauserried gehört zu den Besonderheiten der Planungsregion Glattal. Die Planer sprechen von der "besterschlossensten Wiese Europas".

Die kantonale Arbeitsplatzperspektive, die vom Amt für Raumplanung im Mai 1980 veröffentlicht wurde, weist dem Einzugsgebiet der Zürcher Planungsgruppe Glattal die grössten Wachstumschancen zu. Bis zum Jahr 2000 ist eine Zunahme von rund 12'000 Arbeitsplätzen prognostiziert. Allein das Oberhauserried, der Gemeinde Opfikon-Glattbrugg zugehörig und an die Stadt Zürich angrenzend, weist eine Reserve von schätzungsweise 20'000 Arbeitsplätzen auf. Rund 65 Hektaren Land umfasst das Areal. Der Quartierplan konnte nach einer langen Anlaufzeit abgeschlossen werden. Die Realisierungsphase steht bevor.

Kaum ein Areal im Kanton Zürich weist eine derart hohe Standortsgunst auf, wie das Oberhauserried. Ist dieses Baugebiet erst erschlossen, dürfte trotz der rezessiven Erscheinungen zweifellos ein Nachfrage- druck einsetzen. Der kommenden Entwicklung wird zum Teil mit etlicher Sorge entgegengesehen.

Im Gesamtplan der ZPG ist das Oberhauserried als regionales Industriegebiet ausgeschieden worden. Angesichts der Tatsache, dass die kantonale Arbeitsplatzperspektive im Glattal vor allem mit einem starken



Wachstum der Dienstleistungen rechnet (Zunahme um 11'000 Arbeitsplätze) wurde das Gebiet zusätzlich mit der Festlegung "D" versehen, welche die Zulassung von Handels- und Dienstleistungsbetrieben fordert.

Damit waren indessen die benachbarten Planungsregionen Unterland und Winterthur nicht einverstanden. Sie befürchteten, dass das hervorragend gelegene Bauland zu einer unerwünschten Konkurrenzierung der Regionalzentren Bülach, Winterthur und auch Wetzikon führen könnte, verbunden mit der Gefahr, dass vermehrt Arbeitsplätze aus diesen Gebieten abgezogen werden könnten.

Das Oberhauserried hat schon sehr früh Begehrlichkeiten geweckt. Die Stadt Zürich besitzt jenseits der Stadtgrenzen rund 20 Hektaren Land. Ursprünglich dachte die Stadt daran, im Oberhauserried Depotanlagen für die Zürcher U-Bahn zu bauen; später war auch von einem grossen Tramdepot und einem Werkhof die Rede. So entstand denn in Opfikon der Eindruck, die Stadt wolle an ihrer Grenze eine "Besenkammer" für ungeliebte Dienste einrichten, was keineswegs den Opfikoner Vorstellungen entsprach. Von solchen Plänen ist aber heute nicht mehr die Rede.

Die Zürcher Planungsgruppe Glattal, unterstützt von den Städten Zürich und Opfikon, bemüht sich gegenwärtig intensiv um einen direkten Autobahnanschluss. Nur so wird Gewähr geboten, dass die Strassen der umliegenden Gemeinden durch den Pendler- und den Güterverkehr zum und vom Oberhauserried nicht in ungebührendem

Masse belastet werden. Geprüft wird im weiteren der Anschluss des Oberhauserriedes an das Netz der Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich. Erste Studien sind abgeschlossen. Es ist heute erwiesen, dass dieser neue Autobahnanschluss nicht nur für das Oberhauserried, sondern für ganz Zürich-Nord von hervorragender Bedeutung sein wird. In Glattbrugg, Oerlikon und später auch an der Aubrücke bestehen Anschlüsse an das künftige S-Bahnnetz. In die Planung aufgenommen wurde auch eine regionale Park and Ride-Anlage an der geplanten SBB-Haltestelle Glattalstrasse. Rechnet man hinzu, dass der Flughafen in drei, vier Autominuten erreichbar ist, ist es wirklich nicht übertrieben, von der "besterschlossensten Wiese Europas" zu sprechen.

Die planerischen Bedenken, die von verschiedenen Seiten geäußert wurden, sind nicht unbeachtet geblieben. So verlangt der geltende regionale Gesamtplan nur noch, dass längs der Thurgauerstrasse Handels- und Dienstleistungsbetriebe zugelassen werden müssen. Der innere Kern des Oberhauserriedes wurde zum allgemeinen Baugebiet erklärt und damit der Stadt Opfikon überlassen, welche Nutzungen sie zulassen will. In der kommunalen Richtplanung ist dieses Areal als Zentrumsgebiet bezeichnet.

Noch ist die Planung über das Oberhauserried nicht abgeschlossen. Unter anderem ist der Stadtrat von Opfikon aus dem Gemeinderat beauftragt worden, ein Gesamtkonzept über die Energieversorgung für das gesamte Areal zu erarbeiten, das dereinst zu einem Schwerpunkt der Arbeitsplätze werden soll. Je nach Betriebsstruktur dürften dereinst im Oberhauserried mehr Arbeitsplätze zu finden sein als gegenwärtig auf dem Flughafenareal.

20 SPLITTER UND SPAENE AUS DEM VERBANDSGESCHEHEN

Kampf dem Lärm des Militärflugplatzes

An der Vorstandssitzung vom 11. September 1958 teilte Hans Aregger dem Präsidenten der Planungsgruppe mit, dass er bei einem Rundgang durch die Gemeinden in Volketswil auf das Problem der Erweiterung des Militärflugplatzes Dübendorf aufmerksam gemacht worden sei. Auch berichtete er über die Bemühungen einer Vereinigung zur Vermeidung untragbaren Lärms in der Siedlungsregion Zürich-Glattal. Die Bemühungen der Gemeinden seien es wert, unterstützt zu werden. Im Vorstand wurde aber die Meinung vertreten, es solle insbesondere das initiative Aktionskomitee handeln, wobei auch auf die Notwendigkeit der Unterstützung durch die Stadt Zürich hingewiesen wurde. Der Planungsgruppe wurde eine koordinierende Funktion zugedacht. Der Vorstand beschloss zudem, einer kommenden Mitgliederversammlung die Bekämpfung des Lärms der Militär- und Sportflugzeuge in das Programm aufzunehmen.

Das Thema erscheint allerdings nur noch einmal in einem Protokoll. Am 28. Mai 1959 beschloss der Vorstand, der Mitgliederversammlung einen Entwurf für eine Entschliessung vorzulegen, die via Landesplanungskommission dem EMD übermittelt werden sollte. Damit wollte man offiziell das Begehren anmelden, dass der Militärflugplatz Dübendorf wegen der unzumutbar gewordenen Lärmeinrichtung gelegentlich aus der städtischen Siedlungszone verlegt werden müsse. Die Fachexperten wurden eingeladen, die Eingabe zu bearbeiten und den Gemeinden mit der Einladung für die nächste Mitglieder-

versammlung als Diskussionsgrundlage zu überreichen. Ueber die weitere Entwicklung der Angelegenheit ist aus den Akten dann aber nichts mehr zu erfahren....

#### Das Zentrum Glatt taucht auf

Am 11. September 1964 befasste sich der Vorstand der ZPG mit dem geplanten - und jetzt auch verwirklichten - Shopping-Center Glatt, aber auch mit Plänen für weitere Einkaufszentren, eines ebenfalls in Wallisellen und ein anderes in Dübendorf. Der Bau von Einkaufszentren in der Region Glattal bringe Verkehrsauswirkungen mit sich, die es angezeigt erscheinen lassen, der Angelegenheit Aufmerksamkeit durch die ZPG zu schenken, heisst es im Protokolleintrag. Die Gemeinde Wallisellen hat sich denn auch bereit erklärt, die Vernehmlassung der ZPG zum Glatt einzuholen. Näheres ist aber nicht mehr zu erfahren.

#### Erste Entschädigungen

Erstmals befasste sich der Vorstand der ZPG am 5. April 1966 mit der Frage der Entschädigung an die Vorstandsmitglieder. Auslösendes Element war, dass der amtierende Präsident keiner Gemeindebehörde mehr angehörte. Es wurde daraufhin für den Präsidenten, den Kassier und den Aktuar ein Sitzungsgeld von 30 Franken beschlossen. Dazu kam eine angemessene Entschädigung für Fahrspesen.

#### Wunsch nach einer Jubiläumsschrift

Zum Anlass des zehnjährigen Bestehens der Planungsgruppe wurde die Herausgabe einer Jubiläumsschrift ins Auge gefasst. Sie war als Standortbestimmung gedacht,

sie sollte weiter Rückblick und Ausblick bieten, Hinweise auf die damaligen Planungen enthalten und selbstverständlich die Aufgabe der Planungsgruppe beleuchten. Eine Mitgliederversammlung bewilligte einen Kredit von 10'000 Franken aus dem Planungskredit. Doch es blieb still um die Schrift.

#### Anschlussgelüste von Uster und Greifensee

Offenbar beeindruckt von der guten Arbeit der ZPG stellte die Stadt Uster, der Planungsgruppe Zürcher Oberland angehörend, eine Anfrage über einen möglichen Uebertritt in die Zürcher Planungsgruppe Glattal! Der Vorstand der ZPG zeigte sich bereit, ein formelles Gesuch der Stadt Uster befürwortend der Mitgliederversammlung vorzulegen, nicht jedoch ohne vorgängig die Meinungen ihrer Nachbargemeinden und des Kantons eingeholt zu haben.

Am 1. November 1976 kam es zu einer Aussprache mit verschiedenen Gemeinden und kantonalen Amtsstellen. Dabei bekundete auch Greifensee das Interesse am Beitritt zur ZPG, obwohl die Gemeinde traditionellerweise mit dem Oberland verbunden sei, zukunftsgerichtet jedoch zum Glattal strebe. Fällanden schlug die Bildung einer Planungsregion Greifensee vor, der auch die Stadt Uster angehören sollte. Würde Uster aber tatsächlich zum Glattal wechseln, so wäre eine Subregion Greifensee zu bilden.

In den Vorbereitungsgesprächen zeigte sich dann aber, dass bei den Uebertrittsbegehren die politischen Standpunkte zuwenig beachtet wurden. Am 22. November 1976 kam es zu einer weiteren Aussprache. Auf die

Gründung einer Planungsgruppe Greifensee wurde verzichtet. Doch wenig später folgte auch Greifensee dem Stadtrat von Uster.

#### Ein Herz für die Zigeuner

Es gibt wohl kaum eine Zürcherische Regionalplanungsgruppe, die einen Zigeuner-Campingplatz in ihre Pläne aufgenommen hat. Die ZPG hat dies aber beabsichtigt. Doch der Kanton wollte anders, der Platz in der Nähe der gedeckten Glattbrücke neben den Gebäulichkeiten des Technischen Dienstes des Flughafens, wo heute schon Fahrende immer wieder für kürzere oder längere Zeit Halt machen, wurde aus den Plänen gestrichen. Die ZPG, überzeugt davon, dass auch für das fahrende Volk ein gesicherter Standort im regionalen Gesamtplan festgelegt werden muss, liess nicht locker. Eine Lösung zeichnet sich leider bis jetzt nicht ab. Der Regierungsrat bezeichnet die Realisierung von Zigeuner-Campingplätzen nach wie vor als Aufgabe der einzelnen Gemeinden.

21 EIN NACHWORT

Die Aufarbeitung der Akten und Protokolle einer 25-jährigen Tätigkeit der Zürcher Planungsgruppe Glattal hat gezeigt, dass das Geschehen in starkem Masse von den führenden Persönlichkeiten geprägt wurde. Sie waren erfüllt vom Willen, die bescheidenen ordnungspolitischen und die ausgeprägteren staatspolitischen Funktionen, die der Regionalplanung innewohnen, zugunsten des Glatttales auszuschöpfen. Sie wären dazu nicht in der Lage gewesen, hätten ihnen nicht Mitarbeiter zur Seite gestanden, die aus innerer Ueberzeugung an der Gestaltung der Region Glattal mitarbeiteten. Neben den drei Präsidenten ist darum Dr. Fritz Kurth, Wallisellen, als amtsältestes Vorstandsmitglied besonders hervorzuheben, und es sind insbesondere auch die Vorstandsmitglieder Dr. Hans Schweizer, Maur, Fritz Krebs, Dietlikon, Ernst Graf, Dübendorf, Werner Kobel, Opfikon-Glattbrugg, und Theo Leuthold, Volketswil, zu nennen, die dem Zweckverband während der Planungszeit einen Teil ihrer Arbeitskraft zur Verfügung gestellt haben. Zusammen mit den Planern und all den übrigen Behördenmitgliedern und andersweitig Beteiligten setzen sie die Hoffnung in die nun abgeschlossene Planung, dass sie zu einer gedeihlichen Weiterentwicklung des Glatttales beitrage und die Region im Sinne der seinerzeitigen Initianten für die Bevölkerung zur Heimat werde.

Der Verfasser

22 DIE ENTWICKLUNG DER EINWOHNERZAHLEN

	1950	1960	1970	1982
Bassersdorf	2143	3125	5590	5577
Dietlikon	1205	2048	4381	5308
Dübendorf	6750	11784	19639	20549
Fällanden	866	1248	4260	6306
Kloten	3429	8446	16388	15038
Maur	1577	2408	3943	6639
Nürens Dorf	777	906	2012	3588
Opfikon	2613	7749	11115	11031
Rümlang	1744	3409	5677	5182
Schwerzenbach	389	489	2665	2809
Volketswil	1844	2170	7473	10245
Wallisellen	5202	8601	10415	10879
Wangen	1780	2424	3692	3522
	30319	54807	97250	106673
	=====	=====	=====	=====



23 VERZEICHNIS

Präsidenten

Hermann Müller, Gemeindepräsident, Opfikon-Glattbrugg (†)	1958 - 1962
Norbert Ehrat, alt Gemeindepräsident, Wallisellen	1962 - 1974
Hans Ruosch, alt Stadtpräsident, Kloten	1974 -

Vorstandsmitglieder

Hermann Müller, Opfikon-Glattbrugg (†)	1958 - 1962
Otto Aeberli, Dübendorf	1958 - 1958
Norbert Ehrat, Wallisellen	1958 - 1974
Ernst Bosshard, Dübendorf (†)	1958 - 1974
Karl Gachnang, Fällanden	1962 - 1974
Armin Schuppisser, Bassersdorf	1972 - 1974
Hans Dietrich, Wangen-Brüttisellen	1972 - 1977
Walter Neukom, Kloten	1972- 1977
Georges Gross, Opfikon-Glattbrugg	1972 - 1978
Edwin Schmid, Volketswil	1972 - 1978
Fritz Kurth, Wallisellen	1972 -
Hans Ruosch, Kloten	1974 -
Hans Zeier, Dübendorf	1974 - 1977
Hans Raschle, Nürensdorf	1974 - 1977
Hans Schweizer, Maur	1974 -
Heinrich Hofacker, Dübendorf	1977 - 1978
Fritz Krebs, Dietlikon	1977 -
Ernst Graf, Dübendorf	1978 -
Werner Kobel, Opfikon-Glattbrugg	1978 -
Theo Leuthold, Volketswil	1978 -

Sekretäre und Kassiere

Fritz Bachmann, Dübendorf (S+K)	1958 - 1974
Hans-Rudolf Leemann, Opfikon (S)	1962 - 1974
Max Egli, Kloten (S)	1974 - 1980
Ernst Melliger, Dübendorf (K)	1974 - 1982
Klaus Denecke, Kloten (S)	1980 -
Werner Schai, Dübendorf (K)	1982 -

Planer und fachtechnische Berater

Hans Aregger, Zürich	1958 - 1961
Hans und Walter Gossweiler, Dübendorf, heute Ingenieurbüro Gossweiler, Nachfolger Schaerli + Streuli	1958 -
Rolf Meyer, Zürich	1963 - 1967
Peter und Martin Steiger, Zürich	1963 - 1969
Planpartner AG, M. Steiger und L. Huber, vormals Büro Steiger, Zürich	1969 -

Begleitet wurde die Planung während der  
vergangenen Jahre stets von der RZU.

Delegierte 1977 - 1978 (ab Gründung des Zweckverbandes)

Bassersdorf:	F. Schneider L. Testa
Dietlikon:	M. Suter A. Piatti
Dübendorf:	E. Bosshard H. Lutz H. Zeier
Fällanden:	A. Ochsner E. Wegmann
Kloten:	W. Gisel W. Neukom E. Wettstein
Maur:	O. Pfister J. Kasser
Nürens Dorf:	H. Raschle G. Schäfer
Opfikon-Glattbrugg:	B. Tantanini A. Bernetta E. Weber
Rümlang:	D. Stampfli E. Kägi
Schwerzenbach:	H. Böhlinger A. Weber
Volketswil:	H. Hauser E. Wyss
Wallisellen:	P. Remund R. Sidler R. Bosshard
Wangen-Brüttisellen:	----- -----

Delegierte 1978 - 1982

Bassersdorf:	A. Weidmann L. Testa
Dietlikon:	A. Piatti F. Menzi
Dübendorf:	E. Bosshard (†) H. Hofacker K. Züger
Fällanden:	H. Allenspach L. David
Kloten:	H. Benz R. Nufer E. Wettstein
Maur:	O. Pfister J. Kasser
Nürens Dorf:	R. Müller W. Altorfer, bis 1979 W. Spaltenstein, ab 1979
Opfikon-Glattbrugg:	A. Bernetta B. Tantanini R. Schindler
Rümlang:	D. Stampfli E. Kägi
Schwerzenbach:	H. Böhringer A. Weber
Volketswil:	E. Wyss K. Winkler
Wallisellen:	P. Remund R. Bosshard P. Sidler, bis 1980 (†) P. Niederhauser, ab 1980
Wangen-Brüttisellen: ab 1979	W. Künzler P. Frutiger

Delegierte 1982 - 1986

Bassersdorf:	A. Weidmann L. Testa
Dietlikon:	A. Piatti T. Praxmarer
Dübendorf:	M. Trachsler H. Hofacker K. Züger
Fällanden:	H. Allenspach H. Schaub
Kloten:	H. Benz R. Nufer bis 1984 H. Hegner ab 1984 E. Bannwart ab 1984
Maur:	W. Schiesser bis 1983 R. Rietiker R. Steigl ab 1983
Nürens Dorf:	R. Müller W. Spaltenstein
Opfikon-Glattbrugg:	B. Tantanini H. P. Friess W. Erni
Rümlang:	H. Meister H. Schneider
Schwerzenbach:	A. Böhringer W. Eisenegger
Volketswil:	K. Winkler E. Wyss bis 1973 K. Fenner ab 1983
Wallisellen:	P. Remund P. Niederhauser R. Bosshard
Wangen-Brüttsellen:	P. Burch W. Künzler

24 BIBLIOGRAPHIE ZPG

ZPG-Mitteilungen, Nr. 1, Januar 1958

ZPG-Mitteilungen, Nr. 2, Juni 1958

Bestandesaufnahme: Zwischenbericht November 1963,  
H. Gossweiler, R. Meiyer, P. Steiger, M. Steiger  
und Mitarbeiter

Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal, 1963  
E. Bosshard

Kiesaufbereitungsanlagen Kloten, Opfikon, Rümlang,  
Januar 1964, ZPG

Gesamtplan des Kantons Zürich, Glattal  
Bestandesaufnahme, November 1963, Ergänzungen  
Juni 1964, ZPG/RZU

Bericht zum generellen Gesamtplan Glattal, 1965  
RZU

Siedlungsplan Glattal - Regionaler Bebauungsplan  
Mai 1965  
Diskussionsgrundlage Mai 1965, Entwurf  
Planungsbüro Steiger

Hinweise auf den "Plan der Öffentlichen Bauten und  
Anlagen", soweit diese mehr als eine Gemeinde be-  
treffen, März 1966,  
RZU

Verkehrslinienplan - Bericht zum ersten Entwurf,  
April 1966,  
RZU

Verkehrslinienplan - Technische Erläuterungen zum  
1. Entwurf, April 1966,  
RZU

Der Gesamtplan, August 1966  
Referat von Hans Aregger, Beilage zu Protokoll der  
Versammlung zum 31. August 1966

Verkehrsberechnungen gezeigt am Beispiel der Gemein-  
de Rümlang, Dezember 1966,  
RZU

Bestandesaufnahmen: Historische Bauten  
Fotoinventar der Gemeinden Bassersdorf, Dübendorf,  
Fällanden, Kloten, Opfikon, Volketswil und Wangen,  
ca. 1966

Verkehrslinienplan Lagerhausunterführung Kloten,  
November 1967, RZU/ZPG

Verkehrslinienplan, Verkehrsberechnung und Er-  
schliessung Wallisellen-Ost,  
Juli 1968, RZU/ZPG

Regionaler Bebauungsplan Glattal  
Verkehrslinienplan und erläuternder Bericht,  
Mai 1969, RZU/ZPG

Regionaler Bebauungsplan Glattal  
Park and Ride Anlagen Glattal, Regionale  
Parkierungsanlagen an Schnellbahnstationen,  
Juni 1969, RZU/ZPG

Entwicklungsplan, Kern Dübendorf  
Zwischenbericht, Juli 1969, RZU und Büro Gossweiler

Spitalstandortuntersuchung für das Spital im  
mittleren Glattal  
Technischer Bericht Juli 1969, Planungsbüro Steiger  
Neuaufgabe 1971: Planungsbüro Steiger

Bäderplanung, I. Teil, Entwurf November 1969  
Planungsbüro Steiger

Bussystem Glattal  
Busnetz und Busterminal Kloten  
Entwurf - Kurzfassung, November 1969, RZU/ZPG

U-Bahn-Planung  
Betriebshof für 1. Ausbautetappe  
Standortüberprüfung, Dezember 1969, RZU

Entwicklung in der Region Zürich, 1970  
Studie über Entwicklungstendenzen im Glattal  
M. Steiger

Bäderplanung ZPG  
Planungsbüro Steiger, April 1970

Regionale Busstudie Glattal, Juni 1970  
RZU

Planung von Altersunterkünften; Ansätze für die  
Altersplanung ZPG, September 1970  
Planungsbüro Steiger

Schiesstand-Planung ZPG, November 1970  
Planungsbüro Steiger

Altersplanung ZPG, Entwurf März 1971  
Planungsbüro Steiger



Erholungsraumplanung ZPG

Ansätze für die erste Phase einer Planungsarbeit

Juni 1971

Planungsbüro Steiger

Schiessstand-Planung ZPG

Zwischenbericht II, Juni 1971

Planungsbüro Steiger

Schiessstand-Planung ZPG

Zwischenbericht II (1. Vernehmlassung), August 1971

Planungsbüro Steiger

Altersplanung ZPG

September 1971

Planungsbüro Steiger

Altersplanung ZPG

Kurzfassung, Oktober 1971

Planungsbüro Steiger

Schiessstand-Planung ZPG

Kurzfassung, Oktober 1971

Planungsbüro Steiger

Schiessstand-Planung ZPG

Schlussbericht, Juni 1972

Planungsbüro Steiger

Hardwald

Erholungswert, Forstwirtschaftliche Bedürfnisse und  
Auswirkungen von Verkehrsbeschränkungen, August 1972

RZU

Erholungseinrichtungen

Einleitung einer Planung sowie der Nutzung der nicht zu überbauenden Gebiete im Glattal, Zwischenbericht September 1973

Planpartner AG, M. Steiger + L. Huber

RZU

Investitions- und Finanzplanung in der Region Glattal

Ueberblick und erste Schlüsse über Investitionsprogramme und Stand der Finanzplanung, September 1975

RZU

Zwischenbericht der Planung des regionalen Fuss-, Fahrrad- und Reitwegnetzes, 1. Entwurf, Februar 1975, April 1975, Juli 1975

Planpartner AG

Vernehmlassung zu den kantonalen Leitbilduntersuchungen und zum kantonalen Gesamtplan, September 1977

ZPG

Vernehmlassung zum Entwurf des kantonalen Gesamtplanes, August 1977

H. Gossweiler, Ing.-büro

Planpartner AG

Regionale Richtplanung

Resultate und Erläuterungen zur ersten Planungsphase/Arbeitsprogramm zur zweiten Planungsphase, Januar 1978

H. Gossweiler, Ing.-büro

Planpartner AG

Regionale Richtplanung

Information zur Regionalplanung für die DV vom

8. März 1979

H. Gossweiler, Ing.-büro

Planpartner

Regionale Richtplanung, Entwurf des Berichtes zum regionalen Gesamtplan, März 1979

H. Gossweiler, Ing.-büro

Planpartner AG

Planen im Glattal - Informationen der Zürcher

Planungsgruppe Glattal,

(Informationsanzeiger), 1979

Regionale Richtplanung: Vertiefungsstudie Lärm;

Schlussbericht Kurzfassung August 1979

Planpartner AG

Krankenheim mittleres Glattal, Standortgutachten,

Juli 1979

Planpartner AG

Regionale Richtplanung: Bericht zum Gesamtplan

Glattal, verabschiedet durch die DV am 4. Oktober 1979 (mit Plänen)

Planpartner AG

H. Gossweiler, Ing.-büro

Erschliessung des Oberhauserriedes mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Eine planerische Studie zuhanden der ZPG, der Stadt Opfikon und der Stadt Zürich, September 1979

RZU

Energie Glattal

Vertiefungsstudie Energie im Rahmen der regionalen Richtplanung Oktober 1979, Plenar

Umfahrung Fällanden - Schwerzenbach - Hegnau

März 1980

Presstext M. Steiger

Regionale Richtplanung

Zweiter Vorprüfungsbericht der kantonalen Baudirektion vom 4. März 1980 und Stellungnahme des Vorstandes der ZPG zuhanden der BD vom 27. März 1980

Planpartner AG

H. Gossweiler, Ing.-büro

Regionaler Gesamtplan Glattal

Aenderungsanträge aufgrund der Einwendungen zuhanden der DV vom 27. März 1980

H. Gossweiler, Ing.-büro

Planpartner AG

Standort Krankenhaus mittleres Glattal, ergänzendes

Gutachten, Juli 1980

Planpartner AG

Realisierung der Hochleistungsstrasse Kloten - Brütisellen

Januar 1983, RZU

Der Autobahnanschluss für das Oberhauserried in

Opfikon-Glattbrugg

Bericht der ZPG zuhanden des Bundesamtes für Strassenbau und des Tiefbauamtes des Kantons Zürich  
August 1983, RZU/ZPG

Vertiefungsstudien Bus und Lärm

Planpartner AG

Park and Ride in der Region Glattal

Grundlagen zur regionalen Richtplanung, 1979

RZU

Analyse der Strassenbelastungsprognosen

Grundlagen für die regionalen Verkehrspläne, Juli 1979

RZU

Regionaler Gesamtplan Glattal

1981, Regierungsratsbeschluss Nr. 4722/1981

Erschliessung Oberhauserried mit öff. Verkehr

1983

Ing.büro SNZ

Erhöhung der Attraktivität der S-Bahn-Stationen  
im Glattal

SNZ, Planpartner, RZU

Vielgestaltiges Glattal

NZZ vom 14. Juni 1983

Regionales Reitwegnetz

1984

Ing.büro Gossweiler, RZU

25 BILDREIHE

- 1 N ü r e n s d o r f hat im Dorfkern seine bauerlichen Strukturen bewahrt, die Bauern allerdings sind ausgesiedelt.



-----

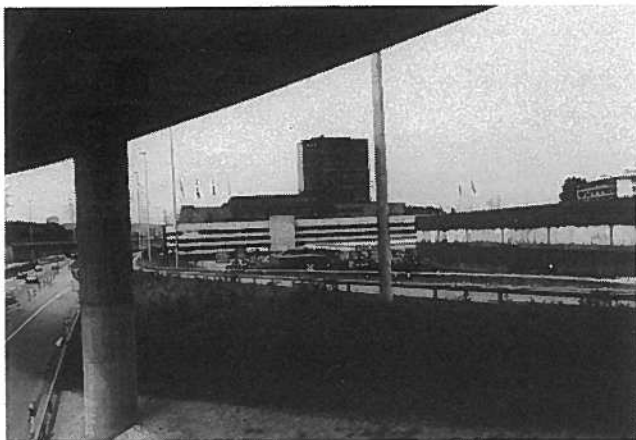
- 2 B a s s e r s d o r f : Die SBB wurde aus dem Dorf verlegt, geblieben ist der Verkehr. Auf unserem Bild das neue Gemeindehaus.



- 3 Das zum Industriedorf gewachsene Dietlikon hat seinem alten Ortsbild grosse Sorge getragen.



- 4 Wallisellen, von der Verkehrsgunst der SBB geprägt, entwickelte sich kontinuierlich und ohne grosse Sprünge. Ins Blickfeld einer weiteren Umgebung rückte Wallisellen wegen des Glattzentrums.



- 5 Der Weiler Opfikon, wo noch Landwirtschaft betrieben wird, gibt der Gemeinde an der Glatt, die geprägt wird von modernen Wohnbauten, den Namen.





- 6 An der Glatt bei G l a t t b r u g g :  
Naherholungsgebiet, Autobahn, Hoch-  
spannungsleitungen, Wohnbauten, Konflikte  
unserer Zeit.



- 7 R ü m l a n g , unter der Abflugschneise des  
Flughafens gelegen, hat im Dorfzentrum in den  
letzten Jahren einen städtischen Zuschnitt er-  
halten. Sein berühmtester Mitbürger war der aus  
Volketswil stammende Musterbauer Kleinjogg, der  
mit vielen bekannten Geistesgrössen seiner Zeit  
verkehrte. Der Hof in der Katzenrüti, unser Bild,  
soll renoviert werden.



- 8 K l o t e n ist dank des Flughafens zum drittgrössten Pendlerzentrum des Kantons angewachsen.



- 9 Aus dem Bauerndorf K l o t e n wurde eine städtische Gemeinde.



- 10 Am Greifensee wird um eine neue Schutzverordnung gerungen. Blick in einen Teil des Schutzgebietes auf Gemeindegebiet von F ä l l a n d e n .



- 11 Dank der regelmässigen Schiffsverbindung von M a u r nach Uster führt der regionale Verkehrsplan auch eine Schiffsverbindung auf.



- 12 Das moderne Volketswil. Die ersten Göhner-Bauten sind heute eingewachsen.



- 13 Der Ortskern von Wangen steht unter regionalem Schutz, in den sich die neuen Bauten einzufügen haben. In Brüttisellen wird zurzeit eine rege Bautätigkeit registriert.



- 14 Eine vielbefahrene Querachse führt von Effretikon an den Zürichsee. Sie zwingt sich auch durch S c h w e r z e n b a c h .



- 15 Vergangenes Industriegebiet erinnert an die Zeit, da in V o l k e t s w i l die Göhner-Bauten vom "Fließband" liefen.



- 16 Einer der wenigen historischen Bauzeugen aus früherer Zeit, die Lazariterkirche im Gfenn bei D ü b e n - d o r f , die heute ökumenisch genutzt wird. Die Kapelle ist urkundlich im Jahre 1250 erstmals erwähnt worden.

